

Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Sonder mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Donnerstag 25. Februar 1932 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einzelpalt. Millimeterzeile 30 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernruf: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 Dr. G. u. Dirck. -Gel., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Groeners Illusionen.

Er schwört auf Hitlers Legalität — aber die Hitler-Fraktion schwört sie ab.

Gewitterdrohend begann am Mittwoch die zweite Sitzung dieser Reichstagsperiode. Präsident Lobe eröffnete mit einer Mahnung, die Redner nicht zu stören. Er kündigte Ausschüsse an, wenn die Ruhestörungen sich fortsetzen sollten.

Dem Genossen Dr. Breitscheid hatten die Nationalsozialisten das Schicksal angedroht, ihn durch lärmende Gespräche, durch lautes Vorlesen und sogar durch Pfiffe um jede Aufmerksamkeit im Hause zu bringen. Der Anschlag mißlang. Breitscheid, obwohl durch zahllose Versammlungsreden stimmlich ermüdet, setzte sich durch seine glänzenden Formulierungen, durch die Wärme seines Vortrages und durch ihren politischen Gehalt ausgezeichnet durch. Der Kern seiner Rede war zu den Reparationen die Warnung, daß „Wir können nicht zahlen!“, umzuwandeln in ein „Wir wollen nicht zahlen!“ Mit bitterer Schärfe nahm sich Breitscheid den Reichswehrelaß vor. Er hielt den Legalitätsglauben des Generals Schleicher und des Reichswehrministers das gegenteilige Urteil des Reichsgerichts vor. Groener hörte sich die Kritik des sozialdemokratischen Sprechers aufmerksam an. Lärmende Zwischenrufe der Kommunisten gab es, als Breitscheid für die Reichspräsidentenwahl die Losung ausgab: „Rieder mit Hitler!“ Wir würden den Kandidaten unterstützen, der die meiste Aussicht hat, die Mehrheit der Stimmen gegen die Faschisten zu erhalten. Die Kommunisten gaben die Losung aus: „Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie“. Das ist im Zusammenhang mit der Aufstellung einer eigenen kommunistischen Kandidatur der Kampf für Hitler.

Unter stürmischen Beifallsstundgebungen der Sozialdemokratie und unter gewaltigem Lärm der Kommunisten dankte Breitscheid den Massen der Eisernen Front, ihr Motto sei das Wort von Ernst Moritz Arndt: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“

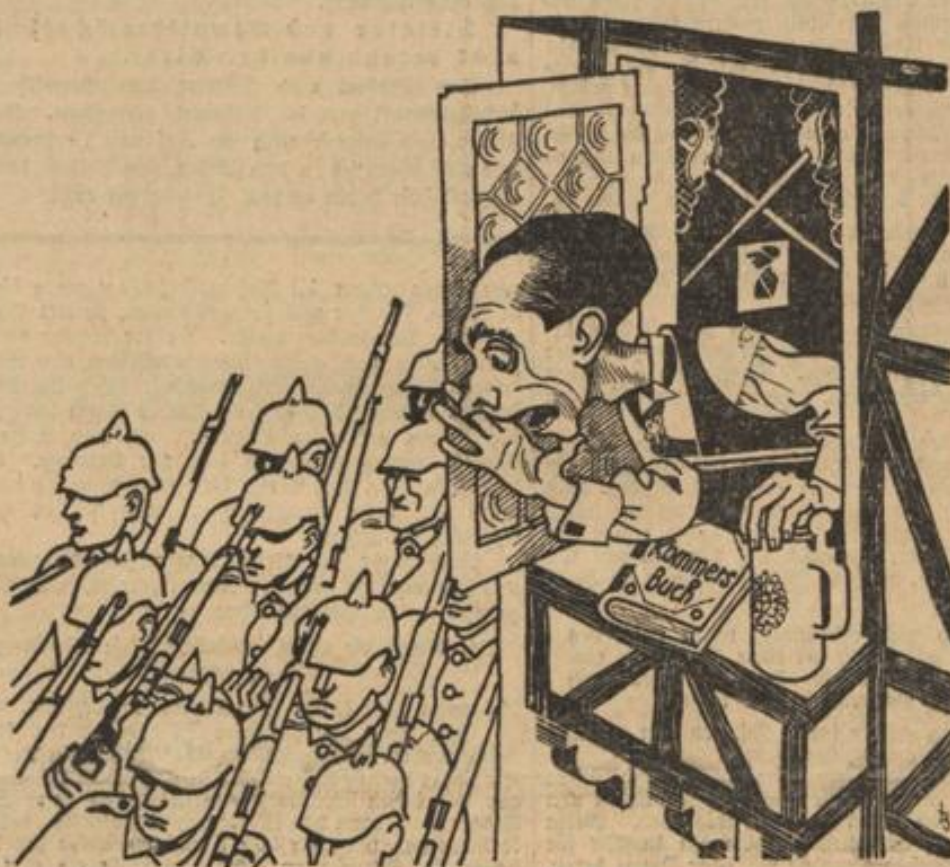
Der Reichstag hat gestern zwei Reden des Reichswehrministers Groener gehört. Die eine fand den stürmischen Beifall der großen Mehrheit des Hauses, die andere wurde ohne ein Zeichen des Beifalls fast aufgenommen. Die eine war eine Abstrafung des Nationalsozialisten Goebbels und zugleich der Methoden seiner Freunde — die andere die Verteidigung des bekannten Erlasses über die Zulassung der Nationalsozialisten zur Reichswehr. Herr Groener berief sich zu Verteidigung seines Erlasses auf das Bekenntnis Hitlers zur Legalität, das sichtbar bekräftigt worden sei durch den Bruch mit dem Stennes-Flügel.

Diese Rede ist alles andere als eine abschließende Stellungnahme zu diesem Erlass. Sie ist durchaus unbefriedigend, und die Fiktionen, auf die sie sich stützte, sind noch gestern im Reichstag gründlich zerstört worden. Als der Zentrumsabgeordnete Dr. Holz die nationalsozialistische Fraktion direkt fragte, ob sie gewillt sei, auf dem Boden der Verfassung Aufbauarbeit zu leisten, schallte ihm als Antwort ein vierstimmiges „Nein! Nein!“ entgegen. Der Legalitätsschwindel ist damit restlos zerstört.

Die Sitzung des Reichstags mußte auch gestern wieder zweimal unterbrochen werden. Als der Staatsparteiliche Weber den Nationalsozialisten entgegenhielt, daß ihre Partei mit dem politischen Nord vorangegangen sei, heulten die Nationalsozialisten auf, geführt von dem Fememörder Heines und bedrohten den Redner. Zum zweitenmal flog die Sitzung auf, als der Kommunist Heud dem Nationalsozialisten Rosenberg einen Juruf machte und Rosenberg darauf Heud Ohrfeigen anbot.

Herr Rosenberg aus Riga war der zweite Redner der Nationalsozialisten. Seine besondere und schwer verständliche Aussprache des Deutschen zeigt seine Herkunft. Herr Rosenberg ist so wenig deutscher Frontkämpfer wie Herr Goebbels, der den Krieg nur vom Hörensagen kennt. Das sind die beiden Redner, die die Nationalsozialisten zur Verteidigung der „Frontkämpferkandidatur Hitler“ vorgeschickt haben, die Redner, die der Mehrheit des Volkes das Deutschland abspreiben sollen. Der eine kennt wie der andere den Krieg nur vom Hörensagen. Zu diesen beiden Hauptrednern stößt dann noch der Geschäftsordnungsredner der Nationalsozialisten, Herr Fried. Der war während des Krieges dort, wo sein König ihn hingestellt hat — nämlich in Pirmasens! An ihren Rednern sollt ihr sie erkennen!

Goebbels und die SPD: Kriegsteilnehmer.



„Deferteure!“

Wieder eine Krachszikung.

Groener erläutert seinen Erlass. — Wirtschaftspartei für Brüning. — Zweimal Sitzung unterbrochen.

In der Reichstagsdebatte am Mittwoch schloß Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) seine zum größten Teil bereits im „Abend“ wiedergegebene Rede mit folgenden Ausführungen zunächst an die Kommunisten: Wir kämpfen gegen den Faschismus, aber Sie richten auch Ihre Bekämpfung des Faschismus gegen uns. Auf die Dauer wird die Arbeiterschaft merken, welches Spiel mit ihren Interessen Sie treiben. (Lebh. Zustimmung der Soz., hitende Gegenrufe der Komm.) Ich brauche nur an den Volksentscheid vom August zu erinnern. Sie halten uns vor, daß wie in bezug auf Hindenburg unsere Meinung geändert hätten. Aber Sie haben den Volksentscheid der Rechten mißgemacht und dann von einem roten Volksentscheid gesprochen. Mit der Rechten zusammen wollten Sie

die sozialdemokratischen Minister Preußens entfernen, damit ein Rechtskabinett eingesetzt werde. Das alles ist deutlich genug.

Die Arbeiter erkennen es in steigendem Maße, und die gewaltige Bewegung der Eisernen Front mit ihren ungeheuren Kundgebungen bewirkt es.

(Andauerndes Gejohre der Komm.) Wir wollen den Bürgerkrieg nicht, wir wollen, daß die politische Auseinandersetzung auf dem parlamentarischen und demokratischen Wege erfolgt. Wir wollen die Meinungsfreiheit aufrechterhalten. Die Eiserne Front steht zu ihrer Verteidigung bereit, aber auch, wenn wir auf einem Boden gedrängt werden, den wir nicht wünschen, zum Kampf auch auf diesem Boden.

Wir sind gegen jede Diktatur, wir wollen den demokratischen Kampfboden erhalten. Wir sind gegen jeden Appell an das Schwert und für die Herstellung des Vertrauens unter den Vätern.

Wir sind gegen jede Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Unser Kampf wird geführt für Menschenfreiheit und für Menschenwürde, gegen Verklawung und Tyrannie. Unser Motto und das der Eisernen Front ist das Dichterwort von E. M. Arndt: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ (Braulender, langanhaltender Beifall der Soz.)

Reichswehrminister Groener:

Mein Erlass vom 29. Januar d. J. über die sogenannten Wehrverbände und die Einstellung in die Reichswehr hat in einzelnen Lagern zu Mißdeutungen geführt, die klarzustellen sind.

Der Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Herr Karl Hölttermann, hat nach einer Aussprache über diesen Erlass in seiner Dessauer Rede und in einem Brief an mich als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet, dem Gerichte vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat es abgelehnt, daß das Reichsbanner sich mit der Aufstellung illegaler politischer Verbände befasse, ebenso wie daß es sich illegal mit militärischen Organisationen beschäftige. Wenn der neue Herr Bundesführer des Reichsbanners diese seine Richtlinien der Zurückhaltung bei der Leitung und den Einheiten seines Bundes durchzuführen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Rechtsmittel des Staates berufen sind.

In diesem Sinne habe ich Herrn Hölttermann geantwortet, daß ich seine lokale Erklärung ganz besonders begrüße und der Hoffnung Ausdruck gebe, daß wir uns auf dem Gebiete der körperlichen und geistigen Jugendertüchtigung finden werden. (Juruf rechts: Was in Butter!)

Die Hauptangriffe gegen den Erlass unterstellen einen Aus-

An unsere Leser!

Um unseren Freunden, die nicht mehr in der Lage sind, den Preis von 75 Pf. pro Woche für das volle Vorwärts-Abonnement zu erbringen, die Möglichkeit zu geben, sich über die Politik der Partei und die sonstigen Ereignisse zu unterrichten, erscholnt ab 28. Februar fortlaufend ein

Sonntag-„Vorwärts“ mit Wochenübersicht und „Volk und Zeit“ (Tiefdruckbeilage)

Der Sonntag-Vorwärts ist zum Preise von 15 Pf. pro Exemplar bei allen Händlern zu haben. Er kann aber auch im Abonnement zum Preise von nur 55 Pf. pro Monat frei Haus bezogen werden. Wir bitten unsere Leser, im Genossen- und Freundeskreise auf diese Neuverung aufmerksam zu machen, für die auch viele politisch Interessierte gewonnen werden können. Abbestellungen nimmt jede Vorwärts-Ausgabestelle entgegen, sowie der

Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernruf A7 Dönhoff 292-97

Her zur Eisernen Front!

Ein Ruf an die Frauen.

Wegfall des Reichswehrministers, angebliche Bevorzugung der Nationalsozialisten und die Auslieferung der Reichswehr an politische Einflüsse. In einen Frontwechsel denke ich nicht. Der Kurs der Reichswehr geht geradeaus auf das Wohl des Staates, ich ferne für diesen Kurs nur den Weg der Verfassung. Auf diesem Wege bin ich gewillt, die Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rücksichtslos einzusetzen. Mein Standpunkt über die Einstellung in die Wehrmacht ist im Grundsatze unverändert. Ich habe ihn mit den Worten des jetzigen Erlasses im März v. J. im Reichstag festgelegt unter lebhaftem Beifall seiner Mehrheit. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der NSDAP. freizugeben unter einschneidenden Sicherungen, auf die ich noch komme.

Man wüßte eine Vorleistung an die NSDAP, darin. Ich habe niemals meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht geboten. In dem „Verfahren für den Unterricht“ ist vorgeschrieben, daß die überparteiliche Stellung der Wehrmacht zum gründlich verstandenen geistigen Besitz jedes Soldaten werden soll. Man wirft eine solche Erziehungsarbeit auf lange Sicht nicht plötzlich um, indem man mit einer politischen Partei Geschäfte macht.

Woh! aber geht eine Vorleistung der Führung der NSDAP, meinem Erlaß voraus. Das ist der Verzicht auf jegliche Zerschlagungsarbeit in der Wehrmacht seit Jahr und Tag, die wiederholt mir abgegebene Erklärung des Führers, daß er jeden Zuwiderhandelnden rücksichtslos aus der Partei entfernen wird.

Das Bekenntnis des Parteiführers zur Legalität wurde erstmals sichtbar bestätigt bei seinem Bruch mit dem radikalen Stennes-Flügel. Auch das Reichsgericht hat festgestellt, daß der Führer bestraft ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP, nicht länger vorzuenthalten.

Die Befürchtungen, daß die Reichswehr damit der politischen Beeinflussung ausgeliefert werde, berechtigt ich nicht.

Dem ein Reichswehrminister zerschlägt sich doch nicht die eigene hartgeschmiedete Waffe. Der Erlaß schlägt grundsätzlich jeden Bewerber aus, der erwiesenermaßen an Befreiungen teilgenommen hat, die auf Abänderung der Staatsform mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Es ist in jedem Fall die Auskunft der Polizei einzuholen, und vor jeder Einstellung ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob durch die Aufnahme von vorher politisch tätig gewesenen Bewerbern nicht die überparteiliche und unpolitische Haltung der Wehrmacht erschwert werden könnte. Mit solchen Bewerbern werden Protokolle aufgenommen, aus denen hervorgeht, daß sie mit dem Eintritt in die Wehrmacht jede derartige Bindung gelöst haben.

Die Einstellung in die Wehrmacht ist also jedem Bewerber gegenüber, gleichgültig aus welchem Lager er kommt, mit solchen Sicherungen umgeben, daß die unerbändert unpolitische Haltung gewährleistet ist.

Außerdem werden alle ausgeschlossen, die den Reichspräsidenten beleidigt, im politischen Kampfe Ruhe und Ordnung gestört oder Kriegsdienstverweigerung gepredigt haben. Damit glaube ich das Gefüge des Staates nicht zu erschüttern, sondern an einer wichtigen Stelle zu festigen.

Die Reichswehr ist seit ihrer Bildung zielbewußt aus der Politik herausgeführt und in der geistigen Haltung nur auf den Staat, in der Arbeit nur auf die sachliche Leistung eingestellt worden. Daß dieses Ziel ganz erreicht ist, daß dieses hohe Haus bei der letzten Staatsberatung in beinahe geschlossener Einstimmigkeit erneut bestanden, dieses Gelingen beruht wesentlich auf der getreuen Art der untersten Truppeneinheiten, wo jeder Führer Ordnung im Hause zu halten entschlossen ist.

Ein solcher Geist läßt sich nicht erschüttern, wenn unter den zehn Rednern, die jedes halbe Jahr bei einer Kompagnie eingeführt werden, ein einzelner politischer Berufstätiger etwa durch alle Sicherungen hindurchgeschlüpft wäre.

Der Gegner würde aufgefressen oder in kurzer Zeit von dem gefunden Körper der Wehrmacht wieder ausgeschieden werden.

Abg. Dr. Holz (Zr.) stellt die heftigste und verärgerte Kritik der Nazis an den Franzosen und hält der Rechten ihren Beifall von Hindenburg vor, der vor haben sah, daß er Heros war. Diesen Leuten auch noch die Macht auszuliefern, wäre ein Unglück für Deutschland. Wir sind zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die dem Boden der Verfassung aufbauende Arbeit leisten will. Tun das die Nationalsozialisten? (Antwortrufe äußerst rechts: „Rein!“) Wir werden auf dem Boden der Verfassung und der Staatsautorität kämpfen, dann wird für die Gegner Hindenburgs der 13. März zum Tag der schweren Niederlage werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Frhr. von Jeneßy-Coringhoven (Dnat.) sucht die Verderblichkeit des jetzigen Systems besonders an der Außenpolitik nachzuweisen und verbreitet sich über die verhängnisvolle Forderung, die nicht vorwärtsgehende Abrüstung, die Reparationspolitik, den Memelfall usw. Durch den russisch-polnischen Nichtangriffspakt, den das Auswärtige Amt sogar freudig begrüßt, hat Polen die Hände gegen Deutschland freibekommen. Die Welt soll wissen, daß auch ein waffenloses Deutschland mit der Kraft der Selbstweisung um sein Dasein ringen wird. Im Weltbrand, der dann entzündet wird, wird Europa zugrunde gehen. Wir erleben Konflikte gegen diese Regierung, die durch Schwäche und Ziellosigkeit es dahin hat kommen lassen. Wir wollen dieses System nicht mehr dulden, das uns immer tiefer in die Knechtschaft hineinführt hat. Der Sturz dieses Systems ist das Ziel des Kampfes, der jetzt beginnt. Es ist die tragische Schuld des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dieses System gestützt hat.

Abg. Dr. Brodt (Wirtschaftsp.) kommt durch seine Befeuerung der faschistischen Demagogie in laute Konflikte mit den Nationalsozialisten, von denen einige zur Ordnung gerufen werden, als sie mangels anderer Argumente behaupten, die Wirtschaftspartei habe ihre Abstimmung im Oktober verkauft.

Abg. Graf Westarp (Wolkstein) protestiert dagegen, daß Goebbels das Wort Deserteure in einem Atemzug mit der geschichtlichen und vorbildlichen Persönlichkeit des Reichspräsidenten ausgesprochen hat. Der Redner appelliert an die Nationalsozialisten, daß nicht der Jugend den letzten Rest von Ehrgefühl vor einer solchen Persönlichkeit aus dem Herzen zu reißen. Wenn die Nationalsozialisten, wie gestern Goebbels, erklären, als Opposition alles zu kritisieren, um selbst an die Macht zu kommen, so ist das kein Kampf gegen das System, sondern in diesem System, um es für sich selbst zu gewinnen.

Diese Präsidentenwahl ist aber zu gut, um in dieser Zeit der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen dem innerpolitischen Machtkampf zu dienen. Sie (nach rechts) führen durch Ihren Kampf gegen einen Hindenburg dem Ausland nur die innerpolitische Zerrissenheit Deutschlands vor Augen. (Beif. Beifall der Mitte. — Schimpfreufe der Nazis.)

Eine Sturmzenc.

Abg. Dr. Weber-Botsdam (Staatsp.) wendet sich erst gegen die lächerliche Agitation der Nationalsozialisten im Lande und kommt dann auf ihre Gewalttätigkeiten zu sprechen. Er führt u. a. die bestialische Ermordung des Landarbeiters Bassig in Banau in Oberösterreich an und erklärt darauf die Ermordung eines 16-jährigen Hiltner-Jungen in Berlin-Neukölln.

Als der Redner hierbei ausführt, 16-jährige gehörten überhaupt nicht in die Politik, die Hitler-Partei aber habe zuletzt das Recht, sich über Gewalttätigkeiten zu entäußern, da sie mit dem politischen Mord begonnen habe, rufen die Nationalsozialisten einen Enttäuschungssturm in Szene,

wobei sie offenbar den Jarnesausbruch der Sozialdemokraten vom Barock über die Goebbelsche Redewendung von der „Partei der Deserteure“ nachzuahmen suchen. Unter fortwährendem Schimpfen

Frauen, wir rufen euch! Reicht euch ein in die Kampffront gegen den Faschismus, unterstützt die Formationen der Eisernen Front. Frauen, eure Rechte als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen sind durch die nationalsozialistischen Bürgerkriegsgebarden bedroht.

Darum ihr Frauen und Mütter, ihr Arbeiterinnen und Angestellten, ihr sozialistischen Sportlerinnen: Reicht euch ein, kämpft mit in dem großen Entschlossenheitskampf, der den Weg freimachen soll zum Kampf um Frieden, Arbeit und Brot.

Der harte Kampf ums Dasein verschont auch die Frauen nicht. Wir erleben ihn als Arbeiterinnen, die unzureichend entlohnt werden.

Wir erleben ihn als Kolleginnen unterer Arbeitsgenossen, denen die schlechtbezahlte Frauenarbeit dauernde Gefahr bedeutet.

Wir erleben ihn als Arbeitslose mit niedriger Unterfütterung.

Wir erleben ihn als Gallianen und Mütter, die sich verzehren in Sorgen und Bangen um ihren Mann und um ihre Kinder.

Wir erleben ihn als Hausfrauen, die mit wenigen Pfennigen die Ausgaben des Haushaltes bestreiten sollen und die verzweifelt vor gefüllten Läden stehen mit ihren Gedanken an unterernährte und hungrige Angehörige zu Hause, an kalte Decken, an Mann und Kinder ohne ganzes Schuhwerk, ohne warme Kleidung, ohne Freude und ohne Hoffnung.

Diktatur und Gewalt Herrschaft führen uns nicht heraus aus dem Elend.

Das Geschrei nach Diktatur und Gewalt Herrschaft hat die Arbeitslosigkeit und die Volksnot vergrößert. Sie wird weiter steigen, und steigern wird sich Not und Verzweiflung, wenn wir uns nicht anstrengen zu dem Willen, den Volksverderbern zuzusetzen zu können: Wir haben es satt! hinweg mit euch!

Die Eisernen Front ruft nach Helfern und Helferinnen. Wie unterstützen den Ruf an die Frauen: Kämpft gemeinsam mit den Männern gegen den Faschismus!

Unterstützt die Bestrebungen der Eisernen Front durch Propaganda in den Betrieben, in der Familie und in den Reihen eurer Bekannten und Freunde. Unterstützt soweit ihr könnt die Bestrebungen auch materiell.

Frauen, zeigt den Willen zum Mithelfen bei der Abwehr von Diktatur und Gewalt. Kämpft mit uns gegen die Verrohung des politischen Kampfes und der politischen Sitten. Kämpft mit uns gegen die drohende Entrechtung der Frau. Helft mit, die Volksrechte zu erhalten. Zeigt euch wert der hohen Aufgaben, die ihr als gleichberechtigte Volksgenossinnen habt.

Es geht um eure und um des ganzen Volkes Existenz. Es geht um die Erhaltung von Leben und Kultur. Es geht um die Erhaltung der Erzeugnisse der Arbeiterbewegung.

Frauen, wir rufen euch! Auf zum Kampf gegen den Volksbetrug der Nazis, gegen Faschismus, Krieg und Not für Freiheit, Frieden und Brot!

- Frauenbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Marie Judacz.
- Arbeiterinnensekretariat des ADGB. Gertrud Hanna.
- Für die Frauen des NS-Bundes. Johanna Sabakowffl.
- Frauenauschuß der Zentralkommission für Arbeiterport. Hilda Süder.

und Loben rücken die Nationalsozialisten gegen die Rednertribüne vor. Abg. Stroher will sie zurückhalten, weitere Faschisten kommen aus dem Wandgang herein. Da der Redner bedroht zu werden scheint, eilen auch einige Sozialdemokraten und Staatsparteiliche zu seinem Schutz herbei. Vizepräsident Effer bemüht sich Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Dr. Weber wegen des gegen eine Partei des Hauses gerichteten Vorwurfs, auf dem Wege des politischen Nordes vorangegangen zu sein, zur Ordnung. Die Hitler-Leute verlangen aber, daß Weber diese Äußerung zurückerühme und lassen ihn nicht weiterreden. Vizepräsident Effer unterbricht schließlich die Sitzung.

Nach kurzer Zeit eröffnet Vizepräsident Effer die Sitzung wieder und teilt mit: Ich habe den Redner gebeten, seine Äußerung zurückzunehmen. Demgegenüber hat

Dr. Weber die Absicht geäußert, diese Wendung historisch zu begründen.

Auf meine Bitte hat er für heute darauf verzichtet. — Das Wort hat Abg. Dr. Sumpff (Christl.): Die Bekämpfung der Wehrmacht Hindenburgs ist ein Akt der Verleumdung und Unbilligkeit, außerdem eine unantastbare Handlung und aus all diesen Gründen eine unteilbare Schmach. Der Redner weist dann den Mißbrauch des Wortes „national“ durch die Nationalisten nach, die ihre Partei an Stelle der Nation über sie stellen, die Durchsetzung ihrer Parteiziele als allein national hinstellen, dem verdienstlichsten Mann der Nation den Dorn verlegen und die Treue brechen, ja, ihm die nationale Bestimmung abprechen, wenn er ihnen nicht zu Willen ist.

Wir sind Gegner der Revolution von 1918, die die letzte Möglichkeit eines erträglichen Friedens zerstört und das undeutsche System der Massen Herrschaft und des reinen Parlamentarismus gebracht hat.

Aber mit unserem christlich religiösen Staatsbegriff ist auch der nationalsozialistische Diktaturakt mit Entredung ganzer Volksschichten unvereinbar. Wir begrüßen es als eine Umkehr von dem nachrevolutionären System, daß die Regierung Brünning von dem besonderen Vertrauen des Reichspräsidenten getragen, nicht direkt von den Parteien gebildet, mit voller Verantwortung handelt. Wir wünschen eine Befestigung dieses Systems, ob durch Ausbau des Art. 48 oder Änderung des Art. 54 der Verfassung ist noch zu entscheiden.

Wir bekennen uns zum System Hindenburg, der der Borkämpfer der nationalen Bestimmung ist, wie sich auf die Ablehnung einer Verlängerung des Moralatoriums und des klaren „Nein“ des Kanzlers gegen jede weitere Reparationszahlung zeigt.

Wir unterstützen die jetzige Regierung nur solange sie den Kampf gegen das Versailles System führt und die nötige Propaganda dafür im eigenen Volke macht, was übrigens verstärkt werden muß. Jede Agitation, die das Ansehen der Regierung gegenüber dem Ausland herabsetzt, muß unterbunden werden. Wenn die Abrüstungskonferenz ergebnislos bleibt, hat Deutschland seine Wehrfreiheit wiedergewonnen. Was es damit macht, ist innerdeutsche Angelegenheit. Die Arbeitslosenfrage im Osten muß beschleunigt werden, schon als dringende nationale Aufgabe. Wir fordern energischeres Vorgehen gegen den zunehmenden Schmutz und Schand und gegen den politischen Terror. Mit Hindenburg für das freie christliche Deutschland. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Rosenbergs (Nfz.) tritt sofort eingehend die Außenpolitik des

— gewesenen Außenministers Dr. Curtius, die gegen die Entdeutschung nichts ausgerichtet und dadurch Deutschland um Ansehen gebracht habe. Als von der Linken die Faschisten an Südtirol erinnert werden, brechen sie in Schimpfen aus. Rosenbergs spricht dann vom Memelstille, der seine Salomonlast zu schwer kummere sich gleichfalls nicht um das große deutsche Reich. Durch einen Jurist von links, wo er denn 1918—1922 gewesen sei, gerät Rosenbergs in große Wut und antwortet erregt: Erstens ist das eine Lüge und zweitens geht Sie das nichts an! (Heiterkeit und weitere Jurist links, auf die Rosenbergs plötzlich antwortet: Wollen Sie eine Oberseite haben? — Entrüstete Rufe links.)

Präsident Löbe rügt die Unterbrechungen des Redners, ruft diesen wegen des Wortes „Lüge“ zur Ordnung und entzieht ihm wegen des Ehrfeigenangebots das Wort.

Wieder großer Krach!

Abg. Rosenbergs verläßt die Tribüne, während seine Parteigenossen in einen Proteststurm ausbrechen. Im Saal schließt der Präsident nach langem vergeblichen Säufen den Abg. Schaller (Nfz.) von der Sitzung aus, ebenso den Abg. Sprenger (Nfz.). Da dieser der Aufforderung nicht folgt, wird er auf zwei Sitzungstage ausgeschlossen. Der Saal dauert in unerschütterlicher Stille fort, so daß der Präsident die Sitzung unterbricht. Während dieser Pause, in der sich verschiedene Abgeordnete der Fraktionen Zigaretten anzünden, scheint eine Bewegung des Zwischenfalls nicht geäußert zu sein, denn es wird der Vorkonferenzrat auf 15 Uhr einberufen.

Nach fast 1 1/2 stündiger Unterbrechung wird die Sitzung kurz nach 19 Uhr wieder eröffnet.

Präsident Löbe:

Das Stenogramm ergibt, daß Abg. Heud (Komm.) dem Abg. Rosenbergs zugerufen hat: „Sie waren 1918—1922 Agent von Deterding!“ (Sehr richtig äußerst links.) Ich hatte diesen Jurist nicht gehört und rufe jetzt den Abg. Heud zur Ordnung. Abg. Rosenbergs hat erklärt, daß er sich dadurch beleidigt und nicht dagegen gekümmert hätte, dadurch habe er sich zu seiner Drohung hinreißten lassen. Da er sie zurückgenommen hat, nehme ich auch meine Maßnahme zurück und werde ihm das Wort wieder erteilen. — Abg. Sprenger hat nur erklärt, daß er seine Drohung (mit der Faust. Red. d. „S.“) nicht gegen den Präsidenten gemeint hat. Ich muß ihm Glauben schenken und nehme seine Ausschließung zurück. Die Drohung soll ein anderer begangen haben, den ich nicht feststellen kann. — Ich appelliere nochmals an alle, die Beschimpfungen und Drohungen zu unterlassen, die gestern und heute hundertweise vorgekommen sind.

Als nun Abg. Rosenbergs wieder das Wort nimmt, werden einige Kommunisten wegen beleidigender Jurist mit Ordnungsrufen bedacht. Abg. Rosenbergs wirft der deutschen Gesandtschaft in Romo Energielosigkeit in der Vertretung der deutschen Interessen vor, dem „Vorwärts“ Preisgabe deutscher Interessen, Frankreich Abrüstungsnotlage, während nur der italienische Faschismus christlich die Abrüstung fordere. Dann verliest er Zitate aus der Links- und Zentrumspresse von 1925 gegen die damalige Rechtskandidatur Hindenburgs. Heute ist der „Völkische Beobachter“ beschlagnahmt worden, weil er eine Hindenburg-Karikatur aus dem sozialdemokratischen „Karlshof Volksfreund“ von 1925 abgedruckt hat. Es geht bei dieser Wahl um das Schicksal von 70 Millionen Deutschen, und nicht um einen großen ehrwürdigen Mann. Den Sozialparteilichen geht es nur um das Verbleiben des Zentrumskanzlers. Sozialdemokratie und Zentrum wollen kein starkes Deutschland, sondern ein Pan-Europa unter Führung der römischen Kirche und der jüdischen Hochfinanz. (Ein Nfz. ruft: Weil sie dafür bezahlt sind! und wird zur Ordnung gerufen.)

Das Zentrum trägt überhaupt Schuld daran, daß die Sozialdemokratie entstehen konnte.

(Stürmische, anhaltende Heiterkeit und ironischer Beifall links. — Gleich darauf ein Ordnungsruf für Rosenbergs wegen einer Beschimpfung der Zentrumspartei.) Der neue Reichspräsident, dem Brüning seine Demission überreichen muß, wird Adolf Hitler heißen. (Beifall der Nazis. — Heiterkeit links und in der Mitte.)

Schlußgeplänkel.

Während der Rede des Abg. Dr. Brodt (Wirtschaftsp.) hatte Abg. Stubbendorfs (Dnat.) beleidigende Jurist gemacht, auf die Brodt und andere Wirtschaftsparteiler entsprechend geantwortet haben. Dafür erhält jetzt Dr. Brodt einen Ordnungsruf. Er teilt mit, von Stubbendorfs provoziert zu sein und erklärt, daß dies sein erster Ordnungsruf in 21-jähriger Abgeordnetentätigkeit ist. Abg. Stubbendorfs (Dnat.) fordert die Wirtschaftsparteiler auf, die Beschuldigungen gegen ihn außerhals der Immunität zu wiederholen, damit er klagen könne. Abg. Mollath (Wirtschaftsp.) bekämpft sich dazu, dem Abg. Stubbendorfs „Infamie“ zugerufen zu haben, und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Nach achtstündiger Sitzung wird die Weiterberatung um 20 Uhr auf Donnerstag, 12 Uhr, verlegt.

Fried und der Deserteur.

(Nach der bekannten Soldatenweise.)

Ich hatt' einen Kameraden,
Kriegte selbst vom Krieg Dispens.
Er rückte aus zum Streite,
Da ging ich still beiseite
Und blieb in Birmaßens.

Eine Angel kam geflogen,
Die traf den „Deserteur“.
Wir konnt' beim Aftenmieren
Dafeim niemals passieren
Solch dämliches Maßfeur.

So war ich nicht zugeneg
Als Zeuge seines End's.
Konnt' ihm die Hand nicht geben,
Denn ich — ich blieb am Leben
Zuchte, in Birmaßens!

Jonathan.

20 Milliarden geschenkt!

Den Kapitalisten von ihren allergetreuesten Kommunisten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid hat in seiner großen Rede vom Mittwoch den Antrag erwähnt, den die kommunistische Fraktion zur Streichung aller Zahlungen an das Ausland eingebracht hat. Dieser Antrag, der vom 19. Februar 1932 datiert ist, also schon nach Ablauf der Karpnopolzeit, hat in Absatz 2 folgenden Wortlaut:

„Alle privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Übertretungsfall als Kapitalverschlebung bestraft.“

Was bedeutet dieser Antrag? Der Baseler Ausschuss hat die private Verschuldung Deutschlands an das Ausland für Ende Juli 1931 auf 28 bis 30 Milliarden Mark geschätzt. Zieht man die Beträge ab, die bis zum Abschluß des Stillhalteabkommens zurückgezahlt worden sind, und ferner die Anleihen, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgenommen wurden, so ist der Betrag der Schuldverpflichtungen des deutschen Kapitals an das Ausland auf mindestens 20 Milliarden Mark zu berechnen. Diese gewaltige Summe wollen die Kommunisten dem privaten Kapital und vor allem dem Großkapital schenken!

Frech und feig.

Das ist Goebbels, Redaktionschef der Firma Hitler!

Frech — das hat der Körper — aber nicht maulbehinderte junge Mann am Dienstag im Reichstag bewiesen, als er, der Heimkrieger, die Sozialdemokratie als „Partei der Deserteure“ beschimpfte.

Feig — das beweist er gestern in dem von ihm herausgegebenen „Angriff“. Dort schwärmt er seinen Lesern in „am Lausund geschulter“ Spitzfindigkeit vor, er habe niemand gemeint:

Dr. Goebbels jagt etwas von der „Partei der Deserteure“. — Er hat niemand dabei angesehen. Und wer hätte sich automatisch getroffen? Die — Sozialdemokratie.

Das ist gelogen wie gedruckt! Alle Abgeordneten und Hunderte von Tribünenbesuchern waren Zeugen der Vorgänge. Sie alle konnten genau beobachten, wie der berüchtigte Redaktionschef der Firma Hitler fast ausschließlich nach der äußersten Rechten, also zu seinen „Bos“ sprach, aber gerade bei der entscheidenden Stelle sich fast rudertartig herumdrehte und, auf die sozialdemokratische Fraktion mit ausgestrecktem Arm weisend, das demagogische Wort von der „Partei der Deserteure“ herausstieß!

Wiele Hunderte haben das miterlebt und mitangesehen. Aber der Held von vorgestern desertiert heute vor seiner eigenen Courage! Er will „niemanden angesehen“ und niemand gemeint haben! Frech und feig! Jeder Zöll ein Hitler-Mann!

Übrigens hatte sich der Frechling Goebbels am Mittwoch zu Beginn der Reichstagsitzung „zur Geschäftsordnung“ zu Wort gemeldet. Präsident Lohde machte ihn vorsorglich darauf aufmerksam, daß im Rahmen von Geschäftsordnungsdebatten natürlich keine persönlichen Bemerkungen gemacht werden dürfen. Wenn er eine persönliche Erklärung abgeben wolle, müsse er das zum Schluß der Sitzung tun.

Am Schluß der Sitzung aber hatte der kleine Goebbels — nichts mehr zu sagen!

Ein Wettbewerb.

Die Schreiber des Herrn Hugenberg haben bei der Berichtserstattung über die gestrige Reichstagsitzung offensichtlich unter sich einen Wettbewerb der Unanständigkeit veranstaltet. Ueberhöflicher Weise ist aber der sonst auf diesem Gebiete weit überlegene Friedrich Hufschang diesmal nicht als Sieger hervorgegangen, obwohl er auch diesmal im „Total-Anzeiger“ eine recht anprechende Leistung vollbracht. Selb anonymer Kollege vom „Tag“ bringt es fertig, über die Rede unseres im Kriege verstorbenen Genossen Schumacher mit folgenden Worten zu berichten:

„Als darauf Dr. Schumacher (Soz.) von der „nationalen Politik“ seiner Partei sprach, kam es zu stürmischem Geschrei und zu heftigsten Protestrufen auf der Rechten. Schumacher und seine Parteigenossen bemüht sich daraufhin um den Nachweis ihres Heeresdienstes.“

Diesem gültigen Hohn über einen Kriegerampulierten kann nur ein Buchse fertig bringen, dem dieser Nachweis ebenso wenig gelingen würde, wie dem annektonistischen Kriegs- und beschädigten Hufschang.

Die ebenfalls „nationale“ „Börzenzeitung“ hat es sich allerdings noch einfacher gemacht, indem sie den Namen Schumacher in ihren Berichten überhaupt nicht erwähnt.

Duesterberg abgemeldet.

Der Hartzburger erstickt für die Nazis nicht mehr.

Die Nazis kündigen eine „neue Angriffswelle“ für den Berliner Osten an. In einer Anzahl von Versammlungen wollen sie erzählen über das Thema:

Das Volk im Entscheidungstampf. — Wen will das Volk? — Hindenburg, Thälmann, Hitler?

Der Kandidat der Hartzburger-Front-Freunde, Duesterberg, ist ganz abgemeldet. Von ihm sprechen die übrigen Frontfreunde gar nicht mehr. Auch ein Zeichen der Zeit!

Gipfel der Volkstümmlichkeit.

In einer Aneipe stritten ein Nazi und ein Kazi, welche Partei die größere Jugtraft habe.

„Nazi“, brüllte sich der Kazi, wir brauchen bloß 'ne öffentliche Versammlung einzuberufen, da ist der Sportpöbelstumpf voll.“

„Is jantisch“, prahlte der Kazi. „Wir berufen 'ne Mitgliebersversammlung ein, und schon ist um 7 Uhr im Sportpalast kein Platz mehr.“

„Wat, Mitgliederversammlung“, brüllte kreiserot vor Zorn der Kazi, bei uns genügt 'ne Funktionärsversammlung, um den Sportpöbel voll zu machen.“

Hier mengt sich der Witz in das Gespräch: „Meine Herren, ersäßen Sie sich nicht. In unsere Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes reichen Sie nicht herein. Wir brauchen nur 'ne Gläubigerversammlung einzuberufen, da reicht sogar die Messehalle nicht.“

Jonathanz.

Henderson für unsere Kinder

Neuer Appell in Genf an die Menschlichkeit

Genf, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Generaldebatte der Abrüstungskonferenz wurde am Mittwoch beendet. Die Konferenz nahm schließlich die Vorschläge des allgemeinen Ausschusses einstimmig an, so daß nunmehr die Hauptentscheidung bei dem großen politischen Ausschuss liegt, dem jeder Vorschlag der einzusetzenden Unterkommissionen erst unterbreitet werden muß.

Henderson nahm am Schluß der Mittwochssitzung das Wort, um die Generaldebatte noch einmal zusammenzufassen. Er dankte der Versammlung für das hohe Niveau der Diskussion und sprach die Hoffnung aus, daß der Geist sämtlicher Reden sich auch in der Arbeit fortsetzen werde. Es gebe natürlich noch Schwierigkeiten, aber bei allen Arbeiten sei das Vertrauen so stark, daß weittragende und gute Ergebnisse erzielt werden könnten. Keine Konferenz der Weltgeschichte habe jemals soviel Hoffnungen der Völker getragen. Es gebe eine Gruppe, die auf der Konferenz nicht habe zu Worte kommen können und doch hänge von ihr die Zukunft der Menschheit ab.

Die Kinder in der ganzen Welt hätten keinen Sprecher gehabt, aber für sie gerade sei der Erfolg der Arbeit am wichtigsten. Wie viele Millionen Kinder seien von den Folgen aller Kriege vernichtet worden. Welch eine furchtbare Verwundung der Kriegsgeneration in seelischer und körperlicher Beziehung sei vor aller Augen.

Die Debatte habe eine Reihe vorherrschender Prinzipien über die Arbeit der Konferenz aufgezeigt, dauernd und vor allem die feste Entschlossenheit, zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Es sei dadurch eine hoffnungsvollere Atmosphäre in die Welt gekommen. Die Konferenz wolle, daß die Zerstörungen eines neuen Krieges wohl noch viel furchtbarer sein würden als die des vergangenen. Die Ereignisse des Fernen Ostens zeigten, daß die modernen Zerstörungswaffen entsetzlich seien. Das Verbot dieser Waffen und die Herabsetzung der bestehenden Vorbereitungen auf

den Krieg müsse als Gemeingut der Ueberzeugung auf der Konferenz festgestellt werden. Bei aller Achtung für den Konventionenentwurf sei der Versuch zu weitgehend, ihn zur einzigen Grundlage der Arbeit zu machen. Das habe die Debatte deutlich gezeigt. Das Prinzip der budgetären Leistungsbegrenzung sei so gut wie allgemein anerkannt. Darüber hinaus könnten die anderen Maßnahmen noch nicht abgefehen werden, aber bei diesem Prinzip allein würden die Arbeiten nicht stehen bleiben können.

Alle Redner hätten U-Boote, Flugzeugbomben, chemische und bakteriologische Kriegsführung abgelehnt. Desgleichen sei allgemein anerkannt, daß jedes Atom, das auf der Konferenz schließlich erzielt werde, nur als erster Schritt zu gelten habe.

Die Probleme der Sicherheit, der Kontrolle der Fabrikation und des Handels von Waffen und Munition seien so eng mit der Arbeit der Konferenz verbunden, daß sie ebenfalls gelöst werden müßten. Die Arbeit habe mit gutem Geist begonnen, aber es sei erst der Anfang. Viel guter Wille gehöre dazu und eine Entschlußfähigkeit verantwortlicher Regierungen, zu ihren Worten auch in Taten zu stehen. Dann werde diese Konferenz einen großen Schritt für die Befriedung der Menschheit bedeuten.

Am Schluß der Rede Hendersons stimmte die Versammlung in einen starken und langanhaltenden Beifall ein.

Lardieu im Abrüstungsausschuss.

Genf, 24. Februar. (Eigenbericht.)

In der ersten Sitzung des Allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz erklärte der französische Ministerpräsident Lardieu dem Vorsitzenden der französischen Delegationen, daß Frankreich an den Prinzipien des Konventionenentwurfes nicht rütteln lassen werde. Damit ist die Konferenz vor die Alternative gestellt, sich dem Willen der abrüstungsfeindlichen Rechtsmehrheit Lardieus zu beugen oder an ihren wichtigsten Aufgaben zu scheitern.

Amerika gegen den Raubkrieg.

China muß unverletzlich bleiben.

Washington, 24. Februar.

Die Form eines Schreibens an Senator Borah, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, hat Staatssekretär Stimson gewählt, um das Festhalten der U.S.A. an dem Washingtoner Neunmächtepakt und damit an der Politik der Offenen Tür in China und seiner territorialen und regierungstechnischen Unabhängigkeit zu verkünden. Werde der Neunmächtepakt nicht befolgt, so seien die U.S.A. an die vereinbarte Einschränkung des Linienschiffbaues und der Weiterbefestigung der Philippinen und der Insel Guam nicht mehr gebunden.

Stimson schreibt weiter u. a.: Die friedliche Entwicklung des 400-Millionen-Volkes in China ist wesentlich für den Weltfrieden, und der Kellogg-Pakt, der sechs Jahre später von Japan und anderen unterzeichnet wurde, war eine weitere Sicherungsmassnahme in dieser Hinsicht. Hätte man den Kellogg-Pakt sofort geschlossen, so wäre die gegenwärtige Situation nicht entstanden. Wir haben am 7. Januar erklärt, daß wir das durch Zwang oder Vertragsverletzung erzielte neue Abkommen nicht

anerkennen werden, und wenn die übrigen Mächte diesem Beispiel folgen, so wird das eine wirksame Schranke gegen die Legalität einer derartig vollzogenen Tatsache schaffen und, wie die Geschichte lehrt, schließlich zur Wiederherstellung der Rechte und Rechtsmittel an China führen, die ihm etwa genommen werden sollten. Amerika und die übrigen Mächte haben 1922 anerkannt, daß das chinesische Volk Ruhe brauche, um die schwere Aufgabe der Entwicklung des eigenen Landes durchführen zu können, und daß man angesichts der Eigenart der chinesischen Verhältnisse Geduld mit China haben müsse. Deswegen sind diese Beträge geschlossen worden, und Amerika wird sie noch wie vor seiner Politik zugrunde legen.“

Labour Party fordert Intervention.

London, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Die Parlamentsfraktion der Labour Party fordert in einem Manifest die Beendigung des Konfliktes im Fernen Osten durch einschlepende Handlungen der Mächte. Japan wird als verantwortlicher Friedensstörer bezeichnet.

Nationalsozialistische Meineidsfabrik.

SA-Leute beim „Herauschwören“ erwischt.

Magdeburg, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Am 27. November vorigen Jahres veranstaltete das Reichsbanner in Eldendorf bei Magdeburg eine Versammlung, in der ein Vortrag über den Film „Im Westen nichts Neues“ veranstaltet wurde. Zur gleichen Zeit hielten die Nationalsozialisten in Eldendorf einen „deutschen Tagabend“ ab, der offenbar arrangiert wurde, um der Reichsbannerveranstaltung Abbruch zu tun. Nach der Beendigung der beiden Veranstaltungen kam es in Eldendorf zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, die dadurch ausgelöst wurden, daß eine Anzahl Reichsbannerleute auf dem Wege zum Bahnhof von Nationalsozialisten überfallen wurden. Auch der Ortsvorsteher Altingstein wurde, als er einschreiten wollte, von den Nationalsozialisten niedergelassen und schwer verletzt. Wegen dieser Vorgänge stehen jetzt fünf Nationalsozialisten vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg, das seine Verhandlung in Schönebeck abhält. Die Montagssitzung im Schönebecker Prozeß wegen der Blutnacht in Eldendorf enthielt die Stellung der Nationalsozialisten zum Eide. Es konnte aufgedeckt werden, daß das Gericht „nach bestem Wissen und Gewissen“ angeklagt werden sollte. Der „tapfere“ Sturmführer Karpe hatte behauptet, in der Blutnacht in Eldendorf „nur einmal auf kurze Zeit das Nazifokal verlassen“ zu haben, um Anhänger seiner Partei nach Hause zu geleiten. Er sei nicht nur an keiner Schlägerei beteiligt, sondern auch in der froghischen Zeit nicht in den Dorfstrassen gewesen. In der Tat aber ist er von Verletzten und anderen Dorfbewohnern bei den Schlägereien erkannt worden. Die Nationalsozialisten Gähms, Beder, Wehling und Landgraber beschworen aber, daß Karpe, wie er angibt, zur Zeit der Schlägereien den Saal nicht verlassen habe. Insbesondere beschwor der Unterführer Gähms, daß er seinen „Vorgesetzten“, den wegen Freisprechung mit einem Jahr Gefängnis verurteilten Sturmführer Karpe, nicht aus den Augen gelassen habe.

Diese Zeugen blieben bei dieser offenbar falschen Aussage, trotzdem ihnen an Hand ihrer früheren Aussagen die Unrichtigkeit nachgewiesen wurde. Dabei erklärte der „Obermannsch“ des Dritten Reiches, Landgraber, daß er allerdings vor der Polizei anders ausgesagt habe, aber das sei ja doch ganz gleichgültig!

Die Bombe platzte bei der Vernehmung des Nationalsozialisten Geerhardt. Zu seinem Glück blieb dieser Zeuge, nach den Erfahrungen, die das Gericht mit Landgraber gemacht hatte, unvereidigt. Auch er gab die wohlpräparierte Darstellung,

die ihm vermutlich von Karpe und wohl auch von anderer Seite in den Mund gelegt worden war. Trotz Vorhaltungen, die auf Grund früherer Aussagen gemacht wurden, leugnet er hartnäckig, mit Karpe im Dorfe herumgegangen und an der Schlägerei beteiligt gewesen zu sein.

Schließlich brach der verführte junge Mensch unter der Wucht der Vorhaltungen von Rechtsanwält Dr. Braun zusammen.

Unter atemloser Spannung des gesamten Gerichtssaals gab er nun die richtige Darstellung und belastete Karpe damit aufs schwerste.

Nun gab es für Karpe keinen Ausweg mehr. Kleinlaut gab er endlich zu, in die Schlägerei verwickelt gewesen zu sein. Er wußte auch einzuräumen, daß seine SA-Kameraden Meineid geleistet hatten, erklärte jedoch zynisch, das Gericht hätte den SA-Leuten doch nicht vollständig geglaubt.

Gleich darauf platzte die zweite Bombe.

Dem Geerhardt wurden sogar zwei Meineide zugedacht.

Der zweite Meineid sollte zugunsten des Messerhelden Schmidt geleistet werden. Geerhardt sollte auszusagen, nicht Schmidt, sondern der Nazi Pahlisch habe die Messerstecherei ausgeführt. Er habe das selbst gesehen. Damit Pahlisch dabei nicht in Angelegenheiten komme, sollte die Sache so geschickt werden, als habe Pahlisch in Notwehr gegen vier Reichsbannerleute gehandelt.

Geerhardt erklärte jedoch nun trotz eindringlichen Zurechens des Schmidt, er habe derartiges nicht erlebt und wisse davon nichts!

Der Plan der Rabinerteidung ist zerbrochen und eine Meineidsfabrik kam zum Vorschein.

Die Einzeichnungen für Hindenburg.

3 630 000 in zehn Tagen.

Nachdem die Meldungen der an der Einzeichnungssaktion beteiligten Stellen nunmehr zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Volkstandsbatur Hindenburgs auf über 3 630 000, davon wurden mehr als 3 Millionen Eintragungen von rund 1100 deutschen Zeitungen aufgebracht, die in rund 800 Städten die Einzeichnungslisten zehn Tage lang auslegten.

Die Deutsch-Hannoversche Partei hat eine Wahlparole für Hindenburg ausgegeben.

Wirklich auf der Flucht erschossen wurden, wie letzten sechs räumliche Auswanderer durch rumänische Soldaten, jetzt etwa 40 von 60 aus Samostruckland über den Dnjepr nach Rumänien flüchtende Bauern.

Schafft Arbeit und nicht Arbeitslose

Den Kurpfuschern muß endlich das Handwerk gelegt werden.

Es gehen wieder einmal allerlei irrsinnige Pläne um über eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Arbeitslosen, die zu betreuen sind, wächst von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr. Damit wachsen die öffentlichen Lasten, wie immer sie auch verteilt werden. Die sogenannten Reformen, die durch die letzten Notverordnungen vorgenommen wurden, haben das gemollte Ergebnis gehabt, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Wohlfahrtspflege, das heißt also auf Kosten der Gemeinden zu entlasten. Die Gemeinden brechen unter diesen Lasten zusammen.

Da kommen nun einige superkluge Leute und wollen die Arbeitslosenversicherung wieder revidieren oder reformieren, wie sie das nennen, in der Hauptsache derart, daß man die Gemeinden entlastet auf Kosten der Arbeitslosen. Das einzige wirkliche Problem, das durch alle bisherigen Kurpfuschereien nur noch schwieriger und schier unlösbar gestaltet worden ist,

das Problem der Arbeitslosigkeit,

wird von allen Vorschlägen, die beruhen und unberuhen Leute jetzt wieder einmal machen, nicht im geringsten berührt. Wohl hat die Reichsregierung durch ihre Notverordnungen vorgegeben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ein Blick auf die Graphik, die wir hier veröffentlichen, genügt, um aufzuzeigen, daß

Bermittlung die Kreditfrage ernsthaft nicht ins Gewicht fällt, ob man öffentliche Arbeiten unternimmt und den Wohnungsbau wieder in Gang bringt, damit der gesamten Wirtschaft ein Auftrieb gegeben würde, auf jeden Fall muß dem raffen Nichtstun ein Ende gesetzt werden. Man kann unmöglich die Dinge wie bisher weiter treiben lassen!

615 000 Arbeitslose in Berlin

Um 50 Prozent über dem Reichsdurchschnitt.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Bezirke des Landesarbeitsamtes Brandenburg neigte während der Berichtszeit (1. bis 15. Februar 1932) wieder stärker zur Verschlechterung. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich um 16 965 (Vorbericht 3028) auf 872 194 (855 229) Personen. Davon entfielen auf Berlin 615 168 (600 190), Brandenburg 237 627 (235 846) und Grenzmark Posen-Westpreußen 19 399 (19 193). An Unterstützungsbezieher waren in der Arbeitslosenversicherung 239 406 (239 802) Personen zu verzeichnen, davon in Berlin 141 711 (142 462), Brandenburg 90 332 (90 079) und Grenzmark Posen-Westpreußen 7363 (7261). In der Arbeitslosenversicherung betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 154 876 (151 564), Brandenburg 58 005 (57 246), Grenzmark Posen-Westpreußen 6094 (5911) zusammen 218 975 (214 721) Personen. Wohlfahrtsunterstützte wurden am 31. Januar 1932 im Gebiete des Landesarbeitsamtes Brandenburg 265 345 gezählt, davon allein in Berlin 215 896. Damit liegt Berlin sowohl mit der Zahl der Arbeitslosen wie der Wohlfahrtsunterstützten weit über dem Reichsdurchschnitt. Die Arbeitslosenzahl übersteigt den Reichsdurchschnitt um rund fünfzig Prozent!

Preise und Löhne.

Neue Gefahren — ernste Warnungen.

Die Lebensmittelpreise steigen. Wenn das so weiter geht, dann ist die ganze Preisentwertung der Reichsregierung für die Käse gewesen. Was die Regierung durch ihren Preisminister gutmachen will, läßt sie durch ihren Agrarminister wieder verderben.

Auch ein so gemäßigter und so weit rechtsstehender Mann wie Baltrusch, der zu den Jungdeutschen sich zählender christliche Gewerkschafter, hat von der Tribüne des Reichstags herab mit besonderem Nachdruck auf diese Gefahren hingewiesen.

Die Regierung hat bei Erlass der letzten Notverordnung von der „schicksalhaften Versundenheit von Löhnen und Preisen“ gesprochen. Sie hat damals auch ein Versprechen gegeben. Der Reichstag erklärte im Dezember in seinem Schreiben an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion:

„Sollten heute noch nicht übersehene Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu verhindern, hat die Reichsregierung es als ihre Pflicht angesehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Die Arbeiterschaft muß gerade jetzt die Reichsregierung mit allem Nachdruck an ihr Versprechen erinnern; denn neben der Unzulänglichkeit der Preisentwertung machen sich auch auf der Lohnseite immer wieder recht bedenkliche Erscheinungen bemerkbar.

Im Unternehmertum spielt man immer wieder mit dem Gedanken, womöglich noch einmal die Löhne zu senken. Auch tauchen immer wieder Gerüchte auf, die von neuen, angeblich noch in diesem Frühjahr kommenden Kürzungen der Beamteneinkünfte sprechen. Schließlich gibt auch die Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu denken. Es hat z. B. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Löhne des Baugewerbes (eben abgelehnt). Warum? Sind dem Reichsarbeitsministerium die Bauarbeiterlöhne immer noch zu hoch? Auch der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter ist der Auffassung, daß die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums mit den Erklärungen der letzten Notverordnung nicht zu vereinbaren ist. Auf der Preis- wie auf der Lohnseite ist ein verheerendes Unrecht noch immer nicht beseitigt. Der Gesamtdurchschnitt der Lohnentwertung der Notverordnung beträgt 12 Proz. Die Schätzung des Preisministers, daß die Lebenshaltungskosten bis Ende Januar nur um 6 bis 7 Proz. gefallen seien, ist zu hoch. Sollen nun, bevor noch der Ausgleich zwischen Preis und Lohn geschaffen ist, auch noch neue Lohn- und Gehaltskürzungen und neue Preissteigerungen eintreten? Unmöglich! Wir folgen mit Baltrusch: „Mit der Lohn- und Gehaltsentwertung muß jetzt Schluss gemacht werden.“

Arbeitsdienstpflicht auf dem Papier.

Und mit Papiergeld.

Im Programm der Deutschen Werke unterhielten sich Walter Raschke, der Jugendleiter der DGB, und Günther Sachjenberg, Reichstagsabgeordneter der Wirtschaftspartei, über das Thema „Arbeitsdienstpflicht“. Sachjenberg verfuhr sehr geschickt seine Forderung nach Arbeitsdienstpflicht schamhaft zu machen; er präsente sie als Patentmedizin gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. In einem kleinen einleitenden, aber höchst aufschlußreichen Satz bemerkte er allerdings, daß er in der Arbeitsdienstpflicht einen unentbehrlichen, wenn auch unvollkommenen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht sehe. In den Utopien der anschließenden Ausführungen mag mancher Hörer den Satz vergessen haben, obwohl er die Grundlage für die gesamten Darlegungen Sachjenbergs abgibt. Er will durch sie zuerst rund eine halbe Million Jugendlichen erspart sehen.

Als Walter Raschke ihm vorhielt, daß, abgesehen von den hohen Kosten, die daraus dem Staat erwachsen, durch den Arbeitsdienst ganze Arbeitsgebiete anderen Berufstätigen entzogen würden, die dadurch das Heer der Arbeitslosen vernehmen müßten, erklärte Herr Sachjenberg solche Bedenken für unangebracht. Das würde sich im Laufe der Entwicklung schon ausgleichen. „Wahrscheinlich“ würden anderen Berufen auch wieder neue Arbeitsgebiete erschlossen.

Walter Raschke stellte diesen Darlegungen, die zahlenmäßigen Beweisen vorzüglich aus dem Bogen gingen, einige Zahlen ent-

gegen. Er verwies darauf, daß die Erweiterung des Eisenmarktes niemals 6 Millionen deutschen Arbeitslosen Brot geben könne; dazu sei nur eine gesunde internationale Wirtschaft imstande, die Deutschland den Platz offen lasse, den es seiner Natur nach auszufüllen berufen ist: als Veredelungswerkstatt. Welche Rolle der Export für Deutschland selbst bei der gegenwärtigen katastrophalen Weltwirtschaftslage spielt, zeigte Raschke an der Maschinenexport. Die zwar 1931 um 20 Proz. niedriger war als im Jahre 1926, aber 1926 zu den Inlandskäufen an Maschinen im Verhältnis von 1:1 stand, während 1931 dreierkel aller produzierten Maschinen ins Ausland gingen.

Selbstverständlich könne man sich heute nicht mit Umarmen begnügen; die großzügig aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramme der freien Gewerkschaften weisen den Weg zu einer zweckmäßigen und sinnvollen nationalen Selbsthilfe. Die Arbeiter lehnen es jedoch entrüstet ab, durch Antarktisbestrebungen wieder auf das Kastrarniveau glücklich übermündeter, Jahrhunderte zurückgegangener Klassen zurückgeführt zu werden.

Die Arbeitsdienstpflicht, die Herr Sachjenberg durch eine Steigerung des Rotenumlaufs um 4 Milliarden finanziert sehen will, wäre aber auch eine Bedrohung der deutschen Währung; der Arbeitswert der Dienstpflicht dürfte verhältnismäßig gering anzuschlagen sein, da, wie Walter Raschke hervorhob, die Leistungen des einzelnen bei Zwangsarbeit wesentlich hinter den Normalleistung zurückzubleiben pflegen.

Die Arbeiter verachten Hitler.

Verpuffte „Hit“-Action.

Uns wird geschrieben: Die NSD, der RDA, hatte durch Verteilen von Handzetteln zu einer im Rahmen ihrer „Hit“-Action stattfindenden Kollektivversammlung zum Dienstag nach Lichtenberg, Herzbergstraße, Lokal „Edeltanne“, eingeladen. Schon das Verteilen der Handzettel löste bei allen Arbeitern große Erregung aus, da sich die „Hit“-Ankaben direkt in den Fabrikingängen postiert hatten und jedem die Blätter zusammengefallen zu stecken. Da von den Unternehmern gegen diese Vorfälle natürlich nichts unternommen wird, werden sich die Arbeiter selbst helfen müssen, in dem sie die Handzettel der Nazis nicht abnehmen und die Zettelteilnehmer mit deutlichen Worten von den Fabriktoren wegjagen.

Die Versammlung, die zu 17.15 Uhr angefangen war und zu der um 17.45 Uhr noch nicht ein Lichtberger Arbeiter erschienen war, war damit erledigt und der Väterlichkeit verfallen. Die als Saalchuh aufgetretene SA vertrieb sich bis 17.45 Uhr die Zeit mit Kartenpielen. Jedenfalls hoffte man noch auf Besuch, indem man sagte: „Die Betriebe von L. müssen ja noch kommen.“ Aber es kam niemand.

Der SA-Führer war sehr enttäuscht und machte seiner schlechten Laune in unzuverlässigen Worten gegenüber seinen „Untergebenen“ Luft. Er war wieder einmal um die Ehre gekommen, die Lichtberger Betriebe erobert zu haben. Den Arbeitern geben wir den Rat, weiter so zu handeln. Gleichzeitig machen wir es den Arbeitern zu Pflicht, jede, auch die kleinste Spur von Nazikollaboration in den Betrieben sofort dem zuständigen Vertrauensmann zu melden, damit diesen Vorfällen das Handwerk gelegt werden kann. Unsere Parole ist: Eiserner Frontvortan!

Stärkung der Eisernen Front.

Als neue Kampfformation schwenkten gestern die Handelsarbeiter und Angestellten der Warenhäuser der Berliner City in einer eindrucksvollen Kundgebung in den Arminiusälen in die Eisernen Front ein. Trotz anstrengender „Dienstes am Kunden“ hatten sich zahlreiche Verkäufer und Verkäuferinnen, ebenfalls auch eine beträchtliche Zahl von Handelsarbeitern eingefunden, die sich nicht wieder in eine Zeit zurückdrängen lassen wollen, wo man sie noch geringfügig haudernie nannte.

Mit treffenden Sätzen charakterisierte Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Löwenstein die Nationalsozialistische Partei als den rot- und braunschwarzen Heerhaufen, der im Auftrag der reaktionärsten Unternehmung die deutsche Arbeiterbewegung aus Hofenkreuz schlagen will. Uneingeschränkte Zustimmung fand der Referent mit dem Appell, der Eisernen Front unerschütterliche Treue zu geloben. Die von einer glänzenden Kampfsituation getragene Kundgebung wurde durch Darbietungen der Kapelle des Treptower Reichsbanners und der roten Kette der SAJ. (Krenzlawer Berg) wirkungsvoll umrahmt.

Gewerkschaftlicher Rundfunkvortrag. Heute, Donnerstag, 17.30 bis 18.14 Uhr, spricht Genosse Carl Feiß durch den Berliner Rundfunk über das Thema: „Der Arbeitslose und die Arbeitsämter.“

SPD-Realien der Arbeiter und Angestellten des Bezirksamtes Berlin. Freitag 19. Uhr im Lokal von Rühl, Riederstraße 10, Friedrichsplatz, Versammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Wahlen und die damit verbundenen Arbeiterkämpfe. 2. Die Stellung des Bezirksamtes zum Reichsarbeitsministerium. 3. Die Pflicht einer jeden Gewerkschaft, sich gegen die Verletzung der Arbeitsämter zu wehren. 4. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 5. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 6. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 7. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 8. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 9. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 10. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 11. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 12. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 13. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 14. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 15. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 16. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 17. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 18. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 19. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 20. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 21. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 22. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 23. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 24. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 25. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 26. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 27. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 28. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 29. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 30. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 31. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 32. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 33. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 34. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 35. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 36. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 37. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 38. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 39. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 40. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 41. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 42. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 43. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 44. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 45. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 46. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 47. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 48. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 49. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 50. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 51. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 52. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 53. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 54. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 55. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 56. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 57. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 58. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 59. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 60. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 61. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 62. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 63. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 64. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 65. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 66. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 67. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 68. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 69. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 70. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 71. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 72. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 73. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 74. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 75. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 76. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 77. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 78. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 79. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 80. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 81. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 82. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 83. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 84. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 85. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 86. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 87. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 88. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 89. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 90. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 91. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 92. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 93. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 94. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 95. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 96. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 97. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 98. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 99. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 100. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 101. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 102. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 103. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 104. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 105. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 106. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 107. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 108. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 109. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 110. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 111. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 112. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 113. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 114. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 115. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 116. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 117. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 118. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 119. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 120. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 121. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 122. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 123. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 124. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 125. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 126. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 127. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 128. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 129. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 130. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 131. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 132. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 133. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 134. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 135. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 136. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 137. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 138. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 139. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 140. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 141. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 142. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 143. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 144. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 145. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 146. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 147. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 148. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 149. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 150. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 151. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 152. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 153. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 154. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 155. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 156. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 157. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 158. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 159. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 160. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 161. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 162. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 163. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 164. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 165. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 166. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 167. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 168. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 169. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 170. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 171. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 172. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 173. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 174. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 175. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 176. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 177. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 178. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 179. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 180. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 181. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 182. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 183. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 184. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 185. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 186. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 187. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 188. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 189. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 190. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 191. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 192. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 193. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 194. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 195. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 196. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 197. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 198. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 199. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 200. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 201. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 202. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 203. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 204. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 205. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 206. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 207. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 208. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 209. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 210. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 211. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 212. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 213. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 214. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 215. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 216. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 217. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 218. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 219. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 220. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 221. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 222. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 223. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 224. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 225. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 226. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 227. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 228. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 229. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 230. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 231. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 232. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 233. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 234. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 235. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 236. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 237. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 238. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 239. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 240. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 241. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 242. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 243. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 244. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 245. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 246. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 247. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 248. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 249. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 250. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 251. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 252. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 253. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 254. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 255. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 256. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 257. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 258. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 259. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 260. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 261. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 262. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 263. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 264. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 265. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 266. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 267. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 268. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 269. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 270. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 271. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 272. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 273. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 274. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 275. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 276. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 277. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 278. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 279. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 280. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 281. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 282. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 283. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 284. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 285. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 286. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 287. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 288. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 289. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 290. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 291. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 292. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 293. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 294. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 295. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 296. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 297. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 298. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 299. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 300. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 301. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 302. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 303. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 304. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 305. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 306. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 307. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 308. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 309. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 310. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 311. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 312. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 313. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 314. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 315. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 316. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 317. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 318. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 319. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 320. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 321. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 322. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 323. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 324. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 325. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 326. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 327. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 328. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 329. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 330. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 331. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 332. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 333. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 334. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 335. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 336. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 337. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 338. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 339. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 340. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 341. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 342. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 343. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 344. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 345. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 346. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 347. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 348. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 349. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 350. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 351. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 352. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 353. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 354. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 355. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 356. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 357. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 358. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 359. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 360. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 361. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 362. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 363. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 364. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 365. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 366. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 367. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 368. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 369. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 370. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 371. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 372. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 373. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 374. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 375. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 376. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 377. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 378. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 379. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 380. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 381. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 382. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 383. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 384. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 385. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 386. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 387. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 388. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 389. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 390. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 391. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 392. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 393. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 394. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 395. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 396. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 397. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 398. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 399. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 400. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 401. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 402. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 403. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 404. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 405. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 406. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 407. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 408. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 409. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 410. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 411. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 412. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 413. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 414. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 415. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 416. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 417. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 418. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 419. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 420. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 421. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 422. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 423. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 424. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 425. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 426. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 427. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 428. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 429. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 430. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 431. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 432. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 433. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 434. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 435. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 436. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 437. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 438. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 439. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 440. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 441. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 442. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 443. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 444. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 445. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 446. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 447. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 448. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 449. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 450. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 451. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 452. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 453. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 454. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 455. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 456. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 457. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 458. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 459. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 460. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 461. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 462. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 463. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 464. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 465. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 466. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 467. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 468. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 469. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 470. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 471. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 472. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 473. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 474. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 475. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 476. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 477. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 478. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 479. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 480. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 481. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 482. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 483. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 484. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 485. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 486. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 487. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 488. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 489. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 490. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 491. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 492. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 493. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 494. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 495. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 496. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 497. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 498. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 499. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 500. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 501. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 502. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 503. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 504. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 505. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 506. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 507. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 508. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 509. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 510. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 511. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 512. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 513. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 514. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 515. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 516. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 517. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 518. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 519. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 520. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 521. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 522. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 523. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 524. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 525. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 526. Die Arbeitsämter als Organ der Faschisten. 52

Das Gericht in der Autohalle

Die Betrogenen der Grundbesitzerbank — Tumultszenen und Durcheinander

In dem gestrigen Vergleichstermin der Gläubiger der zusammengebrochenen Bank für Handel und Grundbesitz in der neuen Autohalle auf dem Messelgelände, der schon am Vormittag einen äußerst stürmischen Verlauf genommen hatte, kam es nachmittags zu Szenen, wie sie sich bisher noch niemals bei einem gerichtlichen Vergleichstermin vor deutschen Gerichten abgespielt haben. Die Vergleichsordnung enthält u. a. den Passus, daß auf die Verteilung der sämtlichen Forderungen verzichtet werden kann, wenn alle erschienenen Gläubiger damit einverstanden sind. Ueber diese Formalbestimmung wäre gestern beinahe das Vergleichsverfahren gescheitert, denn in der Versammlung traten plötzlich fünf Gläubiger auf, die die einzelne Verteilung der in diesem Falle vorliegenden 36 000 Forderungen verlangten, wozu das Gericht, wie Amtsgerichtsrat Herr warnend mitteilte, etwa 14 Tage lang in ununterbrochener Arbeit gebraucht hätte. Diese Gläubigergruppe wollte anscheinend durch diese Sabotage des Verfahrens Zeit zu neuen Verhandlungen mit der Reichsregierung gewinnen und so die Annahme des bisher vorliegenden Vergleichsvorschlags verhindern.

Es erregte ungeheures Aufsehen, als am 20. November vorigen Jahres die „Berliner Bank für Handel und Grundbesitz“ ihre Schalter schloß. Schon die erste Prüfung ergab, daß die Bank durch eine Reihe strafrechtlicher Verfehlungen des Vorstandes wesentlich mit in Schwierigkeiten gekommen war. Aber der Hauptschuldige, Bankdirektor Seiffert, war mit dem Tage des Bankzusammenbruchs aus Berlin verschwunden. Zuerst vermutete man, daß er Selbstmord begangen habe; diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Später glaubte man, daß er nach Mexiko geflüchtet sei. Schließlich wurde die Berliner Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht, daß sich Seiffert bei guten Freunden in Südfrankreich verborgen halte. Gesucht wurde er bis heute jedoch nicht.

Anfang Februar wurde das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Das Gericht muß nunmehr entscheiden, ob dieses Verfahren noch eröffnet werden kann. Voraussetzung für die Einleitung des Vergleichsverfahrens ist die Zustimmung der Majorität der Gläubiger. Die Kaiserdamn-Versammlung sollte ihm die Zustimmung verschaffen. 9500 Sitzplätze hatte das Gericht bestellt, 11 000 waren geschaffen worden, auch diese Zahl reichte nicht aus — etwa 12 000 Personen waren anwesend. Besonders respektierte Plätze waren für die Vertreter der Gläubigerausschüsse vorgesehen; insgesamt sind nicht weniger als 36 000 Gläubiger von der Zahlungseinstellung der Bank betroffen!

Nach der Zahlungseinstellung der Hausbesitzerbank war festgestellt worden, daß das Unternehmen (bei 80 Millionen Mark Gesamtschulden) etwa 46 Millionen Mark verloren hat. Um die zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens notwendige Quote von 30 Proz. garantieren zu können, sprang das Reich mit einem Betrage von 10 Millionen Mark ein. Durch diese Garantie der Mindestquote werden wenigstens auf alle Fälle die Kleingläubiger bis zu 100 M. befriedigt werden können. Den großen Gläubigern wird von der 30prozentigen Quote vorläufig nur die Hälfte ausgezahlt. Die Durchführung des Vergleichsverfahrens selbst kann als gesichert gelten. Außerdem wird die Bank in Liquidation treten.

Während der eigentlichen „Gerichtsverhandlung“ kam es immer wieder zu erregten Debatten, die sich wiederholt zu

„wenig!“ „Wir sind vernichtet! Wir verlangen die Eröffnung des Konkursverfahrens!“ „Schlebung!“ Nunmehr ergriff das Wort der jetzige Vorstand der Bank, Direktor Schuberger. Aber auch er wurde niedergeschrien. Besonders heftige Vorwürfe machte die erregte Menge außerdem dem bisher amtierenden Gläubigerausschuß, der nach der Meinung der Gläubiger nicht alles versucht haben soll, um durch die Unterstützung der zuständigen Stellen zu retten, was noch zu retten ist.

„Diskussion.“ Der erste Redner verlangt, daß dem jetzt amtierenden Direktor Scharnberg der Offenbarungseid abgenommen werde. Scharnberg soll unter Eid aussagen, daß tatsächlich nicht mehr Vermögenswerte vorhanden seien, als im Status angegeben sind. Scharnberg will antworten. Abermals wird er niedergeschrien. Der Vorsitzende erklärt, daß gesetzlich dem Antrag auf Abnahme des Offenbarungseides stattgegeben werden müsse — daraufhin beruhigt sich dann die Versammlung. Ein zweiter Redner verlangt die Vertagung der Versammlung. Die Gläubiger müßten noch ein-

mal Gelegenheit erhalten, den zuständigen Regierungsstellen ihre Not zu schildern. Es ginge nicht an, daß man großzügig nur den Großbanken gegenüber, kleinlich aber in der Sanierung der Kleingläubiger sei. Es müsse auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein wesentlich geringerer Betrag, als die Großbankensanierung erfordert habe, genügen würde, um die Gläubiger der Hausbesitzerbank zu entschädigen. Es sei zu hoffen, daß sich auch der Reichstag mit der Angelegenheit beschäftigen werde.

Der Vorsitzende des Vergleichstermins, Amtsgerichtsrat Herr, teilte dann nach einer nochmaligen Pause gegen 1/2 Uhr, also nachdem der Termin über acht Stunden gedauert hatte, mit, daß es nicht mehr möglich sei, das Ergebnis der Abstimmung durch Nachprüfung der vorliegenden Zustimmungserklärungen vorzunehmen, weil dazu mindestens 24 Stunden nötig seien. Der Termin wurde sodann auf Freitag 10 Uhr vertagt, und zwar findet er wieder in der Autohalle 2 statt. Die für Mittwoch verschickten Ladungen gelten auch für diesen Termin als Eintrittsausweis. Wie wir aus Kreisen des Gläubigerausschusses hören, gilt die Annahme des Vergleichsvorschlags als gesichert, da über 50 Proz. der Gläubiger mit über 80 Proz. der Forderungen ihre Zustimmung gegeben haben, so daß also nur noch die formelle Feststellung des Ergebnisses durch das Gericht aussteht. Ob allerdings der Termin am Freitag wieder so stürmisch und unter so zahlreicher Beteiligung stattfinden geht, bleibt abzuwarten. Den Schluß der gestrigen Versammlung hatten mit noch etwa 500 Gläubiger abgewartet.

Das Ende einer Adoptionsfabrik

Zwei „Freifrauen“ müssen ins Gefängnis

Drei Tage lang verhandelte das Landgericht III gegen zwei Frauen Kathilde und Martha (Freifrauen) von Wimmerperg — die beiden „Gesellschafterinnen“ an der „Adoptionsfabrik G. m. b. H.“. Der Dritte im Bunde, der 84jährige Arthur Freiherr von Wimmerperg hat beiseiten das Zeitsche geegnet. Sonst hätte auch er wegen Meineides auf der Anklagebank zusammen mit seiner Frau Kathilde und seiner Schwiegertochter Martha, geschiedene Freifrau von Coburg, geb. Böhmte, Inhaberin des bekannten Heirats- und Finanzierungsbüros von Koburg.

Der alte Herr Arthur Freiherr von Wimmerperg sah sich im Jahre 1914 nach einer vierten Frau um und fand sie in der Inhaberin des Puffgeschäfts, der 33jährigen Frau Boeniger. Ein kleines Vermögen des alten Freiherrn schwand allmählich hin. Die Wohlstandsunterstützung mußte in Anspruch genommen, Zimmer mußten vermietet werden. Man sah sich nach einer Einnahmequelle um, fand sie im Adelsprädikat „Freiherr von“ und rücte in die „Deutsche Tageszeitung“ ein Inserat ein: „Der Letzte seines Stammes sucht einen Stammhalter, einen kräftigen, unabhängigen jungen Mann.“ Ein solcher trat auf in der Person des Studiosus L., der sich adoptieren ließ und versprach, im Falle einer günstigen Heirat seine Adoptiveltern nach Kräften zu unterstützen. So wurde der Freiherr von Wimmerperg. Man drang immer wieder in ihn, er möge doch Geld herbeischaffen. Sechs Monate später, am 20. Januar 1920, fand bereits eine zweite Adoption statt; Ein Herr Theophil Sauberzweig wurde Freiherr von Wimmerperg. In die aufstehende Adoptionsfabrik war die Freifrau von Coburg gewissermaßen als stille Teilhaberin eingetreten. In ihrem Heiratsbüro lernte das Ehepaar Wimmerperg den zukünftigen Adoptivsohn kennen, und kaum war es so weit, da heiratete Frau von Coburg den frischgebackenen Freiherrn von Wimmerperg von der Stelle weg und wurde selbst eine Freifrau von Wimmerperg. Sauberzweig soll eine Anzahlung von 500 Mark geleistet und sich verpflichtet haben, eine Lebensrente in Höhe von 50 Mark zu zahlen. Mit Hängen und Bürgen führte die Freifrau Martha von Wimmerperg an ihre Schwiegereltern keine Monatsraten ab. Der Sohn der Frau Kathilde von Wimmerperg, Herr Boeniger, schrieb aber in bezug auf Sauberzweig an seine Mutter: „Wie steht es denn mit der Bezahlung der 500 Mark. Man gibt doch nicht einen so vornehmen und ehrlichen Namen umsonst hin.“

Sauberzweig war ein Reinfall. Acht Monate später fand im Salon der Freifrau Martha von Wimmerperg die Bekanntschaft des alten Freiherrn mit einem gewissen Herrn Schuster statt. Dieser soll 1500 oder 15 000 Mark bezahlt haben. In kurzen Abständen folgten vier weitere Adoptionen. In einem Fall sollen 2000 Mark gezahlt worden sein. Als aber der Vertreter des Wiener Zweiges derer von Wimmerperg den alten Herrn Arthur von Wimmerperg aufsuchte, um über die Adoptionen Klarheit zu erhalten, sagte ihm dieser sein Leid: er habe 23 Adoptionen vorgenommen, die Leute zahlten aber gar nichts. Das Volk gebe nichts mehr auf den adligen Namen. Fünf von diesen Adoptionen wurden rückgängig gemacht. Wegen zweier Adoptionen — die eine betrifft den Herrn Sauberzweig — schwebt heute noch das Verfahren. Die beiden Freifrauen von Wimmerperg und der alte Freiherr hatten aber in diesen Zivilprozessen geschworen, daß sie nie Geldzuwendungen bekommen bzw. daß die Adoption ohne Vermittlung der Frau von Koburg stattgefunden hätten. So kam es zum Meineidsverfahren gegen alle drei.

In dem dreitägigen Prozeß wurde eine große Anzahl Zeugen vernommen. Vier von den Adoptivsohnen zogen es vor, unter verschiedenen Vorwänden dem Gericht fernzubleiben. Ebenso der Rechtsanwalt und Notar, der die Adoptionen durchgeführt hatte.

Nach mehrtägiger Verhandlung verurteilte das Gericht am Mittwoch die Heiratsvermittlerin Freifrau von Coburg wegen Meineides unter Anwendung des Widerungsparagrafen 157 der Strafprozessordnung zu einem Jahr Gefängnis. Die Mitangeklagte, Kathilde Freifrau von Wimmerperg, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

83 Jahre alt verstarb acht Tage nach dem Tode seiner Ehefrau Genosse Paul Hundt am Schlesischen Bahnhof. Seit seinem 14. Jahre half er an dem großen Wert des Sozialismus bauen. Oft wurde er unter dem Sozialistengesetz gefaßt und gefaßt; selbst die Haft, die er antreten mußte, konnte ihn nicht vom Wege abbringen, zu dem er sich bekannte und für den er mit offter Leidenschaft kämpfte. Viele Monate hindurch mußte er seine Angehörigen verlassen, weil er nirgends Arbeit finden konnte. Oft tauchten alt und jung in der Wohnung Hundts Gedanken aus, und jeder, der den Alten hörte, schöpfte neue Kraft und neuen Mut zur Arbeit für den Sozialismus. Die Genossen der 32. Abteilung werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Tumultszenen

steigerten. Das Publikum, das sich vorwiegend aus Angehörigen der Handwerkerkreise, aus Hausbesitzern und Kleinrentnern zusammensetzte, brachte immer wieder zum Ausdruck, daß ihr die bisher gebotene Quote von 30 Proz., die sich aber möglicherweise durch den Liquidationserlös noch erhöhen kann, nicht genüge. Immer wieder ertönten auch Rufe nach Seiffert.

Die Leitung der Versammlung hatte Amtsgerichtsrat Herr. Die Reden wurden durch Lautsprecher verstärkt. Bereits bei der Abgabe einer Erklärung durch einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums erhob sich ein ungeheurer Lärm. In dem allgemeinen Geschrei wurden die Rufe deutlich: „30 Prozent sind viel zu



(Schluß.)

Endlich hat Billy es geschafft. Endlich kann er nach Konra-shöhe fahren.

Das Haus ist zweckentsprechend eingerichtet, Anita strahlt vor Glück und Geschäftigkeit.

Ihr Leben hat jetzt reichen und befriedigenden Inhalt. Sie hat bereits einige Kinder zu betreuen.

Die warmen Tage sind gekommen. Die im Winter eingefangenen Vögel werden freigelassen. Billy stellt die geöffneten Bauer in den Garten und sagt zu den Vögeln: „Ihr dürft fliegen, wohin ihr wollt.“

Die meisten Vögel kehren zum Abend in das Bauer zurück. Den größten Ärger hat Billy mit einem Buchfinken. Er kommt immer und immer wieder. Er betrachtet die Gefangenschaft als gehobene gesicherte Lebensstellung.

Billy erobert sich derart, daß er mit geballter Faust auf den Tisch schlägt, auf dem das Bauer steht und den Vogel anschreit: „Ich kann mich so giften, was hast du bloß für einen Begriff von der Freiheit.“

Selbst diese Scheltworte nützen nichts. Der Buchfink bleibt im Bauer.

Der nächtliche Überfall.

Billy hat bereits die Fahrkarte, die ihn berechtigt, über den großen Teich zu fahren, in der Tasche.

Er will Abschied nehmen von seiner Schöpfung. Abschied von dem Resultat seiner Arbeit, einen Abschied nach Billys urwüchsigem Art.

Er geht durch den Wald, er umgeht sein Anwesen, das er den Artistenkindern geschenkt hat.

Plötzlich kneift er die Augen zu und sagt zu sich: „Da

stinkt doch was. Eben waren noch Fahrräder zu sehen, und jetzt sind sie verschwunden.“

Im selben Augenblick ertönt die Aufforderung: „Hände hoch!“ Da packt Billy einen Jungen, wirft ihn zur Erde, legt sich recht bequem auf den Erdboden und verprügelt den Angreifer fürchterlich. Der schreit: „Ich bin doch von Ihrer Schau, ich bin doch von Ihrer Schau!“

Ein zweiter Mensch löst sich aus dem Dunkel und bestätigt brüllend die Behauptung seines Kameraden.

Billy ist ehrlich empört: „Was, Ihr seid aus meiner Schau. Ihr spielt jahrelang bei mir Postkutschenüberfall und stellt euch, wenn ihr jemanden überfallen wollt, so nahe, daß man euch paden kann?“

Ueber die ihm zugefügte Bimage gerät Billy in eine unbändige Wut. Abwechselnd verprügelt er die beiden, solange seine Kräfte reichen, und er in Schweiß kommt.

„Man kann nicht Cowboy lernen, man muß Cowboy sein“, sagte zu guter Letzt Billy, stolz und selbstbewußt und denkt an die Prarie.

Kinderlachen.

Run war das Haus feierlich eingeweiht. Zwanzig Kinder hatten in ihm ein Heim gefunden, und die Eltern konnten unbeforgt durch die Welt ziehen.

Es ist heute nicht mehr so, daß jeder Artist wünscht, seine Kinder möchten den gleichen Beruf ergreifen. Im Gegenteil, der Wunsch nach einem bürgerlichen Beruf hat sich in uralte Artistenfamilien hineingetrieben.

„Unser Kind soll es besser haben“, diese Worte verkünden das Bestreben aller Menschen. Unser Kind soll ein Zuhause haben, es ist die Sehnsucht vieler Artisten. Die alte Wohnwagenromantik ist dahin, gestorben; kein Wunder wird sie wieder auferwecken. Wer hat denn heute noch einen Wagen? Ein paar Dompteure. Vielleicht stirbt auch deren Beruf aus. Die wild eingefangenen Löwen und Tiger sind immer noch die besten. Doch wird man noch lange Raubtiere fangen können? Wird die Kaszjerei nie bald restlos vernichtet haben? Womöglich ziehen wir in ein paar Jahren in den Zoologischen Gärten Europas Raubtiere groß und machen dann lange beschwerliche Reisen mit ihnen und zeigen sie in der Widnis aus, damit die wieder bevölkert werde.

Und die übrigen Artisten? Die Menschheit treibt Sport. Ein jeder fühlt das Zeug zum Artisten in sich, ein jeder prahlt mit seinem eigenen Können, obwohl es sehr oft angebracht wäre, auf Grund des eigenen Könnens erst zu er-fassen, was der Artist überhaupt leistet und wagt.

Die Artisten haben ein Recht, verbittert und mißmutig zu sein. Das Gros unter ihnen verdient nicht so viel Geld, um Menschen im Hotel sein zu können, es reicht nur zu Menschen in möblierten Zimmern. Und ein solches Dasein trägt einen Fluch über sich.

Viele, viele werden gern die Kinder in dieses Heim schiden. Bislang sind zehn Halbweifen untergebracht. Wie glücklich waren Vater oder Mutter, daß ihnen die Sorge um das Kind genommen wurde. Sie mußten sich an einen andern Partner, eine andere Familie anschließen und die ganze Nummer umbauen. Hätten sie die Kinder verlorren können?

Billy geht durch den Garten. Ein kleines Mädchen hat Anita einen Strauß Erdbeerbüten gebracht. Anita erklärt dem Kinde, man dürfe solche Blumen nicht pflücken, weil sie später Früchte würden.

Billy nimmt das Mädchen an die Hand. Er schlendert und schneidet ein paar Fliederblüten ab, weil sie den Strauch runterziehen und störend über den Weg hängen.

Da schreit das Mädchen auf: „Ontel Billy, nimm dich in acht, wenn das nachher mal Aepfel werden. Billy lacht und Anita lacht, und beide sind restlos glücklich.“

In der Prarie.

Billy ist wieder daheim. Er ist Scheriff, er sorgt für Ordnung. Er ist verheiratet und er hat Kinder. Doch sagt er nicht zu seinen Knaben, sondern zu allen Cowboys, meine Jungs. Er erzählt von seinen Reisen. Die Cowboys hören ihm aufmerksam und gern zu. Jede Erzählung aber schließt er mit den Worten: „Jungs, geht raus, seht euch die Welt an. Verliert euch nicht. Vernt, wo ihr könnt und wenn ihr dann als reife Menschen zurückkommt und euch die feuchte, nackte Nasentuppe eines Kindes sicher ist, als die bemalten, geschminkten Lippen der Damen auf den eleganten Straßen der Welt, Jungs, dann seht etwas in euch.“

Nun doch Bierstreif?

Der Beschluß der Gastwirtsvereinigungen Berlin.

Die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Berlins veranlaßte gestern eine Funktionärversammlung, in der von den inzwischen geführten Verhandlungen mit der Reichsregierung und den anderen Behörden Kenntnis gegeben werden sollte. Auf Grund der Mitteilung, daß die Reichsregierung dem Gastwirtsvergewerbe ab 20. März eine Ermäßigung der Reichsbiersteuer um 7 Mark pro Hektoliter zugesichert habe, sah sich die Lokalkommission veranlaßt, den Funktionären eine Entschließung vorzulegen, der zufolge von einer Verkündung des Streiks Abstand genommen werden sollte. Diese Haltung der Führer der Lokalkommission, die von dem ersten Vorsitzenden der Lokalkommission, Stiffin, vortragen wurde, löste den entschiedenen Widerspruch der Funktionäre und Vorstände der einzelnen Gastwirtsverbände aus. Etwa 15 Redner sprachen sich gegen die Annahme der Entschließung aus, und ein Vertreter der Lokalkommission, der sich für die Annahme einsetzte, wurde von der erregten Versammlung niedergedrückt, so daß er nicht zu Worte kommen konnte.

Die Entschließung der Lokalkommission wurde dann auch mit übergroßer Mehrheit abgelehnt und man stimmte einem aus der Versammlung formulierten Antrag zu, durch den der Streikbeschuß vom Sonntag ausrechterhalten blieb. Als Kompromiß wurden die Ermäßigung der Reichsbiersteuer auf 5 R. pro Hektoliter zur Herbeiführung einer Bierpreislenkung, die Herabsetzung der Gemeindegeldsteuer auf die Hälfte des gegenwärtigen Satzes, die Befreiung der Gemeindegeldsteuer mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres und die Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer auf die Reichsnormativhöhe gefordert. Der Vorsitzende der Lokalkommission, Stiffin, erklärte hierauf, daß infolge dieses Beschlusses der Bierverkauf mit Schluß der Polizeistunde in der Mittwochnacht eingestellt werde und der Bierstreik also Donnerstag früh generell in Kraft trete.

Der Bierpreis in Berlin.

Der Polizeipräsident teilt als Ergänzung zu der gestrigen Ankündigung einer vorläufigen Aussetzung der Bierpreislenkungsaktion mit, daß diejenigen Gaststätten, die inzwischen ihre Preise schon gesenkt haben, selbstverständlich keine Veränderungen in ihren Sätzen mehr eintreten lassen dürfen. Die Aussetzung einer Bierpreislenkung habe nur den Zweck, denjenigen Lokalen, die aus wirtschaftlichen Gründen eine Ermäßigung nicht durchführen können, Zwangsmaßnahmen zu ersparen, die eine ungerechte Härte bedeuten würden. Der Schritt des Polizeipräsidenten sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Weigerung, die Preise abzubauen, nicht aus Boswilligkeit erfolge. Im übrigen schweben noch Verhandlungen zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Reichskommissar für Preisüberwachung.

Die Lüge von dem Hungertod.

Der Fall der Frau Knorr. — 12 Morphiumspritzen täglich.

Das kommunistische Märchen von dem Hungertod der Arbeiterfrau K. ist vom „Vorwärts“ auf Grund gewissenhafter Nachprüfung als eine gemeine Wahlüge entlarvt worden. Unsere Veröffentlichung hat ein starkes Echo gefunden. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin verbreitet längere Ausführungen über den Fall, die sich mit unserer Darstellung vollständig decken. Genosse Dr. Mosek schreibt uns ergänzend noch folgendes:

Da Frau Knorr seit dem Jahre 1924 Patientin unserer Ambulatorien war, sind wir der Sache nachgegangen und haben festgestellt, daß es sich um eine Frau mit schwerer Rückenmarkschwindel handelt, die, wie ja bereits mitgeteilt, außerdem noch Morphiumistin gewesen ist. Diese beiden Erkrankungen mühten naturgemäß zu dem Aussehen der Toten führen, wie es das Bild des kommunistischen Wahlaufbaus widergibt. Die Diagnose Rückenmarkschwindel ist bereits im Jahre 1924 gestellt worden. Hieran schloß sich dann eine nachdrückliche Behandlung. Im Jahre 1926 suchte die Patientin das Ambulatorium wieder auf. Sie war bereits in der Zwischenzeit Morphiumistin geworden und hatte von einem unbekannten Arzt Morphium in immer steigenden Mengen erhalten. Seit mehreren Jahren lag die Patientin, die immer weiter herunterkam, fast dauernd im Bett

und erhielt täglich 8 bis 10 bis 12 Morphiuminjektionen, die ihr ein verwandter Pfleger verabfolgte.

Der tägliche Morphiumverbrauch dürfte in den letzten Jahren auf 1,0 Gramm belaufen haben. Wie Ärzte aus dem Ambulatorium berichtet haben, die Frau Knorr besuchten, und wie der Pfleger erzählt, lag Frau Knorr vor zwei Jahren, also schon vor den Rotverordnungen nur noch 50 Pfund. Zugrunde gegangen ist sie durch die Rückenmarkschwindel und durch das Morphium und nicht durch die Rotverordnung. Der Vollständigkeit halber soll noch erwähnt werden, daß die Ärzte des Ambulatoriums dem verwandten Pfleger der Frau Knorr einen Beitrag für die Beerdigungskosten zugesteuert haben.

Der Herr Pfarrer und seine SA.

Die böse Polizei, die Rasidemontstrationen nicht dulden will

Am letzten Sonntag, dem „Vollstrauer Tag“, waren Friedenauer Nationalsozialisten in größerer Truppe nach einem Gottesdienst in der Kirche „Zum guten Hirt“ zum Rappachplatz marschiert, auf dem sich ein Gefallen-Denkmal befindet. Die SA-Stürme 13 und 33 marschierten in einem größeren Zuge mit ihren Fahnen geschlossen mit. Als die Truppe auf dem Platz angelangt waren, schritt die Polizei in selbstverständlicher Pflichterfüllung ein und löste den Demonstrationenzug auf.

Ein Pfarrer Rodding veröffentlichte jetzt in dem Friedenauer Lokaltalblatt längere Ausführungen, in denen er sich bitterböse über die Schutzpolizei beschwert, die die armen SA-Jungen hart angefaßt habe. Nachdem er festgestellt hat, daß das Kriegedenkmal an einem Platz steht, der so recht geschaffen sei zu stillen Nachdenken über vergangene bessere Zeiten“, erklärt er der Polizei: „Es ist etwas anderes, ob man in Friedenauer stationiert ist oder vielleicht im Norden Berlins.“ Der Herr Pfarrer ist also der Meinung, daß die Schutzpolizei den Gummistempel bei Demonstrationen von Arbeitern ruhig anwenden könne, bei den Nazis von Friedenau dagegen habe sie Glockenschläge anzulegen.

Zum Schluß macht der evangelische Pfarrer tüchtig Propaganda für das Dritte Reich! Er rief nach dem zu bildenden Staatsgerichtshof, vor den nach seinem Willen alle gestellt werden sollen, die anderer Meinung sind als die von ihm gehäufelten Hiltzburgen. Darauf aber wird der Herr Pfarrer lange warten können.

Die Konsum-Generalversammlung

Anzeichen für eine Stabilisierung der Wirtschaftslage

In der am 22. Februar im Lehrer-Vereinshaus abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Verbraucherorganisation erstattete Geschäftsführer Böhm Bericht über das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres, d. h. für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis 31. Dezember 1931.

Der wirtschaftliche Niedergang, so führte der Redner aus, hat seit Juli 1931, seit den Tagen des Ausbruchs der Bankenkrise, verschärfte Formen angenommen. Die Bankferiartage und die durch die Rotverordnung geschaffene Regelung der Spargeldanzahlungen veranlaßten den ängstlich gewordenen Teil der Sparer zur

Abhebung von Spargeldern, die entweder zum überreifen und oft unüberlegten Ankauf von Sachwerten verwendet wurden oder lange Zeit, zum Teil heute noch, brach zu Hause liegen blieben.

Die Lage des Geld- und Kreditmarktes erfuhr dadurch eine Verschärfung, die sich für die Gesamtwirtschaft in nachteiligster Weise auswirkte; auch für die so unlang handelten Sparer ergaben sich nur Nachteile, da sie Zinsverluste in Kauf nehmen mußten oder, wenn Sachwerte erworben wurden, mit teilweise Entwertung zu rechnen haben.

Die Genossenschaftsparkasse vermochte allen Anforderungen gerecht zu werden.

In den sechs Monaten Juli bis Dezember 1931 wurden 17 Millionen Mark ausgezahlt. Die Sparer bewahrten das Vertrauen zur Genossenschaft, was damit belegt wird, daß in jedem Monat erhebliche Beträge zur Einzahlung gelangten. Ende Dezember 1931 belief sich der Einlagenbestand der genossenschaftlichen Sparkasse auf 36 Millionen Mark, deren Sicherheit durch das Gesamtvermögen der Genossenschaft, durch ihren umfassenden Besitz an Grund und Boden, Produktionsstätten usw. gewährleistet ist.

Die genossenschaftliche Werbung vermochte trotz aller wirtschaftlichen Hemmungen beachtliche Erfolge zu erzielen;

in der Berichtszeit wurden 12607 Kufnahmen vollzogen, wodurch sich der Mitgliederbestand über das zweite Hunderttausend hinaus erhöhte. — Als Folge der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, durch Lohn- und Gehaltsabbau hervorgerufenen Kaufkraftschwächung der Verbraucher ist im Vergleich zum Vorjahr eine Umsatzminderung um 17,2 Proz. eingetreten; zur wertmäßigen Umsatzverlängerung trug auch der Preisfall in allen Warengattungen bei. Es wurde im Berichtshalbjahr ein Umsatz von 33 785 000 Mark erzielt. — In seinen weiteren Ausführungen erläuterte der Redner die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um der genossenschaftlichen Betriebsführung die Wirtschaftlichkeit zu sichern. Eine besondere Erwähnung bereiten die gesteigerten Steuerlasten, unter denen die um ein volles Prozent erhöhte Umsatzsteuer stark ins Gewicht fällt.

Zur Zeit hat es den Anschein, als ob sich die allgemeine Wirtschaftslage der Stabilisierung näherte, der ein langsamer Aufstieg folgen dürfte.

Erfreulich ist es, daß die Umsätze der Genossenschaft im Februar gegenüber dem Monat Januar bereits eine Belebung zeigen, die sich voraussichtlich im März fortsetzen wird.

Die Aussprache benutzten einige kommunistische Vertreter zu Ausführungen, die wenig Zusammenhang mit dem sachlichen Inhalt des Vortrages erkennen ließen. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung wurde beschlossen, entsprechend der Titeländerung der Genossenschaftszeitung im § 55 der Satzung als Publikationsorgan das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ anzuführen; außerdem erteilte die Generalversammlung nach kurzer Begründung durch den Geschäftsführer Haacke ihre Zustimmung zu einigen Abänderungen der Spartenordnung.

Bei den Wahlen der Vertreter zu den diesjährigen genossenschaftlichen Tagungen gelangten die Vorschläge der Gruppe „Genossenschaftsaufbau“ gegen wenige Stimmen zur Annahme; es wurden delegiert: zur Tagung des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine in Berlin die Genossen Richard Grabe, Alfred Hempel und Wilhelm Resek; zum Zentralverbandstag in Jena die Genossen Wilhelm Dürre und Albert Scherbarth.

Achtung Genossinnen!

Am Donnerstag, dem 7. März 1932, 10 1/2 Uhr: Öffentl. Frauen-Kundgebung im gr. Saal des Lehrer-Vereinshauses, Alexanderplatz. Näheres wird im Versammlungskalender der „Eisernen Front“ bekanntgegeben. Das Frauensekretariat.

Wildwest in Südost.

Toller Banditenüberfall in der Stalitzer Straße.

In der Nacht zum Montag spielten sich — wie erst jetzt bekannt wird — im Südosten Berlins wilde Szenen ab. Das dortige Stadtviertel scheint förmlich unter dem Terror von Banditen zu stehen, die in den Nachstunden Passanten auslavieren, überfallen und berauben. Zwei Handwerksmeister sind in der Stalitzer Straße in beispielloser Weise überfallen worden. Das Raubdezernat des Berliner Polizeipräsidiums wird jetzt eine energische Aktion gegen das Banditentum im Südosten Berlins einleiten. Besondere wird die Unsicherheit in der Stalitzer Straße besonders durch die in dieser Straße bereits am frühen Abend herrschende vollkommen ungenügende Straßenbeleuchtung, ein Zustand, den die Polizei gleichfalls beachten sollte.

Gegen 1 Uhr nachts befand sich ein Tischlermeister auf dem Nachhauseweg, als er plötzlich von drei Männern hinterläs überfallen und niedergeschlagen wurde. Die Wegelagerer traten ihn solange mit den Füßen, bis er bestimmungslos liegen blieb. Dann raubten sie ihm die Brieftasche mit 64 Mark. Einige Zeit später kam der Mann wieder zu sich und raffte sich auf. Als er jetzt die Stalitzer Straße hinunterortelte, kamen ihm plötzlich zwei Schupos entgegen, die in ihrer Mitte einen Mann hatten, der stark blutete und dessen Kleider zerrissen waren. Es war dies ein Schlossermeister, dem es ähnlich wie dem Tischler ergangen war. Der Schlossermeister war unter dem Hochbahnviadukt entlang gegangen, als er plötzlich sah, daß zwei Männer auf eine Frau einschlugen. Er gerann über den Eindruck, daß es sich nur um eine fingierte Schlägerei handelte und machte sich daher schleunigst davon. Seine Vermutung war richtig. Kaum war er einige 20 Meter weiter, als er hinter sich eilende Schritte hörte und die beiden Männer auf sich zukommen sah. Der Meister war aber vorbereitet und wehrte sich kräftig. Bei dem Kampf wurde ihm aber eine Aktentasche geraubt, die einliches Bargeld enthielt. Die Täter ergriffen damit die Flucht. Der Ueberfallene eilte jetzt an eine Selterbude, die des Nachts geöffnet ist und wartete hier auf Polizeibeamte. Als diese auch die Straße passierten, machte er sich mit ihnen auf die Suche nach den Banditen. Dabei kam ihnen jetzt der überfallene Tischlermeister entgegen. Die Burlesken waren aber nicht mehr aufzuföhren.

Der Polizei glückte es, zwei Stroche zu fassen, und zwar in der Person eines 24 Jahre alten Rudolf Zindler und eines 26 Jahre alten Kurt Riedel.

Unterzahlungen beim Potsdamer Magistrat.

Bei der Wohlfahrtsstelle des Potsdamer Magistrats wurden sieben Unterzahlungen aufgedeckt, die in ihren ganzen Einzelheiten noch nicht feststehen. Im Laufe einer Untersuchung wurde der Leiter der Wohlfahrtsstelle, der 39 Jahre alte Stadtamtmann Georg Glombija von Beamten der Potsdamer Kriminalpolizei festgenommen. Gegen ihn richtet sich der Verdacht, Unterzahlungsgeelder an nicht hilfbedürftige Personen ausgezahlt zu haben. Die Geelder, die insgesamt keine große Höhe erreichten, wurden teils von ihm, teils von Angehörigen vorwandt. Bei der Verbuchung der Geelder bemittelte Glombija fingierte Namen. Bei einer Revision kam man jetzt diesen Verfehlungen auf die Spur und nahm Glombija, der in der Stadtstraße wohnt, fest. Vor der Kriminalpolizei legte der Stadtamtmann ein Geständnis ab.

Bierjahrjähriger vom Cassino getötet. In der Herbarstraße in Charlottenburg geriet gestern nachmittags der 14 Jahre alte Schüler Peter Kast aus der Dornburgstraße 45 unter die Räder eines Cassinos. Der Junge erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Hiltzburgenkrankenhaus starb.

Fünf Jahre Werbung für die Mark.

Tagung des Brandenburgischen Verkehrsverbandes.

Der Brandenburgische Verkehrsverband hatte in diesen Tagen seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, in der sich der aus dem Provinzialbereich scheidende Vorsitzende, der Oberbürgermeister von Brandenburg Dr. Fressdorf, vom Verbands verabschiedete.

Zunächst gedachte Oberbürgermeister Dr. Fressdorf des verstorbenen Schriftstellers Georg Eugen Nigler als des Pioniers der märkischen Verkehrswerbung, für dessen Verdienste um die Mark und insbesondere auch um den Brandenburgischen Verkehrsverband er Worte der Dankbarkeit und ehrender Anerkennung fand. Der kurze Rückblick, den der bisherige Vorsitzende in seinem Abschiedswort auf die fünfjährige Tätigkeit des Brandenburgischen Verkehrsverbandes warf, zeigte, was dieser in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens erreicht hat. Die Halle Mark Brandenburg auf der Dresdener Jahreschau, das märkische Verkehrsbüro in Berlin als Spezial-Ausstellungsstelle für das gesamte Provinzgebiet, die erfolgreiche Prospektwerbung der letzten Jahre, Verbesserungen im Eisenbahn- und Straßenwesen, im Fernverkehrsverkehr und Tariffragen. Dieser auf praktische Verkehrswerbung gerichteten Tätigkeit des Brandenburgischen Verkehrsverbandes und seiner Mitgliedsverbände sei in erster Linie zu verdanken, daß die Mark in den beiden letzten Jahren trotz des allgemeinen Rückganges im Fremdenverkehr noch verhältnismäßig gut abgedrungen habe.

Die Versammlung beschloß, die Wahl des neuen Vorsitzenden in der nächsten ordentlichen Vertreterversammlung vorzunehmen. Einmütig vorgeschlagen wurde der Präsident der Landes-Eisenbahn-Direktion, Dr. Wieneke. Bis dahin soll Erster Bürgermeister Dr. Blümel, Neuruppin, die Geschäfte des Vorsitzenden führen. Zum Schluß dankte im Namen des Brandenburgischen Verkehrsverbandes Oberbürgermeister Kreuz (Kottbus) dem scheidenden Vorsitzenden Fressdorf für seine Tätigkeit. Das, was der Verband jetzt sei, habe Fressdorf in unermüdlicher Arbeit aus ihm gemacht.

Die Versammlung ernannte dann Dr. Fressdorf zum Ehrenvorsitzenden. Oberbürgermeister Dr. Fressdorf dankte für die ihm zuteil gewordene Ehre und stellte seinerseits allen denen, die ihm in den fünf Jahren unermüdet um dem Werk zur Förderung des Ansehens unserer Mark Brandenburg geholfen haben, den Dank ab.

Oberbürgermeister Dr. Fressdorf, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, geht jetzt als Bürgermeister nach Köln am Rhein. Die Geschäftsführung des Vereins bleibt weiter wie bisher in den Händen des Majors a. D. Schubert in Potsdam.

Spandau und Strausberg 200 Jahre alt.

Am 7. März d. J. werden es 700 Jahre her sein, daß Spandau, das im Jahr 1160 als Burg Spandau vom Markgraf Albrecht gegründet wurde, von Markgraf Johann I. urkundlich die Stadtrechte verliehen wurden. Bis zum Jahre 1920, wo Spandau in Berlin eingemeindet wurde, war es selbständige Stadt. Auch die märkische Stadt Strausberg kann in diesem Jahr auf ein siebenhundertjähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1931 konnte die märkische Stadt Sommerfeld in der Niederlausitz und im Jahre 1930 das Berlin benachbarte Städtchen W-Landenberg daselbstes Jubiläum feiern.

Aber auch draußen im Reich können siebenhundertjährige Stadtjubiläen begangen werden. Im östlichen Thüringen, im Kreise Schleiz, kann in diesem Jahre ein vierfaches siebenhundertjähriges Jubiläum gefeiert werden. In einer alten Urkunde aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts wird vom Bischof Ulrich von Raumburg bestätigt, daß die Orte Schleiz, Lanna, Harra und Dittersdorf bereits in einer — nicht mehr vorhandenen — Urkunde vom Jahre 1232 erwähnt sind. Mit den beiden Städtchen Schleiz und Lanna können also auch die Orte Harra und Dittersdorf das gleiche Jubiläum des siebenhundertjährigen Bestehens feiern.

Das Jahr 1232 ist also hinsichtlich Städtegründungen sehr fruchtbar gewesen.

Beim Holzammeln gestorben. Im Spandauer Forst erlag der 54 Jahre alte arbeitsteige Handwerker Ratz Magenthiem aus der Ackerstraße beim Holzammeln im Regen 38 einen Herzschlag. R. wollte sich Holz zum Heizen seiner Wohnungsöfen beschaffen und ist dabei verstorben.

Hans Erman: Der Geburtstag

Das ist eigentlich keine richtige Geschichte. Alle Leute, Redakteure und Abonnenten, werden sagen, daß die Geschichte nicht spannend genug sei, daß ihr der ordentliche Schluß fehle, ja, daß sie nicht einmal einen richtigen Anfang habe.

Ich kann nur erwidern, daß dafür die Geschichte den großen Vorzug hat, ganz und gar wahr zu sein, und daß alle Leute, Redakteure und Abonnenten, vieles aus ihr lernen können, wenn sie nur wollen.

Aber einen richtigen Anfang, so in der Art: An einem strahlend schönen Morgen erwachte Candida aus tiefem Schlummer und sprang leichten Fußes und leicht bekleidet in das Wohnzimmer, wo Ernst in früher Stunde bereits den Geburtstagstisch gedeckt und die entzückendsten Geschenke . . . —, einen solchen Anfang hat die Geschichte nicht.

Sie muß eigentlich schon mit den Tagen vorher beginnen, an denen Ernst und Candida auf die Honorare warteten, die kommen sollten und nicht kamen. Bis dahin war Herr Borsch, der Geldbriefträger, jeden Tag erschienen und hatte seinen Segen in Ernst's kleines Häuschen gebracht. Einmal fünfzig Mark, mal achtzig. Dann nur zwanzig oder gar nur sieben Mark 50. Man sieht, daß es sich um keinen Anfänger handelt, sondern um einen Akrivierten. Zu mir z. B. kommt Borsch viel seltener; trotzdem schloge ich mich durch, denn ich bin sparjam.

Aber Ernst kann das Geld nicht leiden, und so gibt er es so schnell wie möglich wieder aus. Mal an einem Tage 50 Mark, mal achtzig. Dann auch nur zwanzig oder gar bloß sieben Mark 50. Wenn Herr Borsch nicht kommt, wird auch nichts ausgegeben. Dann leben Ernst und Candida von dem, „was im Hause ist“, und nur für die kleine Ulrike, die neun Monate alt ist, wird Milch geborgt.

Zwei, auch drei Tage kann man sich so durchschlagen und auf Herrn Borsch warten. Das wäre nichts Besonderes und auch nichts allzu Schlimmes. Ein Unglück war nur, daß Candidas Geburtstag vor der Tür stand. Ein Geburtstag ohne Geld, ohne Geschenke, fast ohne Essen! Ohne Essen konnte man schließlich, nach Ernsts Anschauung, noch leben. Aber nicht ohne Feier! Nicht ohne die Möglichkeit, der kleinen Candida eine Freude machen zu können.

Auch den letzten Vormittag vor Candidas Fest brachte Ernst im Garten zu, wo er auf Herrn Borsch warten konnte. Aber Herr Borsch ging an Ernsts Häuschen vorüber und grüßte. Herr Borsch wußte, worauf Ernst wartete. Herr Borsch sah vielleicht, daß bald Candidas Geburtstag kam. Aber was sollte er tun?

In der Nacht ließ Ernst in den Park, der nahe seinem Häuschen liegt, und der berühmt ist ob seiner wunderschönen Blumen. Vielleicht hätte Ernst nur wenige Pfünden sollen. Aber ist es nicht doch verständlich, wenn er seinen, wenn er Candidas Kummer, wenn er die ganze armelige Not einhüllen wollte in den riesigen Strauß weißer Rosen? Sogar die Polizeistraf, die Ernst beim Pfänden erlappte, hatte Milde, und auf dem Kommissariat, wo die Personalien festgestellt wurden, fragte der Ober- oder Hauptwachmeister erschrocken: „Sind Sie der berühmte Ernst . . .?“ Als er sich von dem Schreden erholt hatte, daß „ein berühmter Schriftsteller“ den Blumenstrauß zu seiner Frau Geburtstag stehlen mußte, entließ er Ernst. Selbstverständlich nicht ohne sein Bedauern, daß die Geschichte nun einmal liege, und den Trost, daß sie sich sanft und kalt erledigen würde. Und nicht ohne — das war die Hauptsache — den Rosenstrauß mitzugeben.

Betten gibt es nicht in Ernsts Wohnung. Jeder schläft auf seinem Sofa. Ernst im Arbeitszimmer unten. Candida oben auf der kleinen Chaiselongue im Zimmer mit Ulrike. Ulrike hat ein hübscherndes weißes Bettchen, das mit seinen vier großen hölzernen Rädern so aussieht, als ob der Zimmermann Josef es gebaut hat.

Am ganz frühen Morgen schleicht sich Ernst hinauf zu Candida, um heimlich die Rosen aufzubauen. Er hat sich das hübsch und poetisch, so wie Dichter einmal sind, ausgedacht, daß Candida in einem Meer weißer Rosen den Tag begrüßen müsse.

Aber Candida war schon aufgestanden und im Begriff, Ulrike zu säubern, die sich während der Nacht vollständig eingedreckt hatte. Bahns Gesicht war verschmiert; das Bettchen gelb und schmutzig. Es roch unfeierlich im Zimmer. Für Liebe und Rosen war die Stunde nicht geeignet. Ernst konnte lediglich den Strauß auf den Tisch legen und irgendeinen netten Wunsch aus der Ferne anbringen.

Candida ist ein Kind. Ernst ist zehn Jahre älter als sie; aber das Kind in ihm ist mindestens noch um zehn Jahre kleiner als Candida und deshalb egoistischer und verträumter und spielerischer. Außerdem ist Ernst ein Dichter. Wie immer nahm er es also über, daß seine Illusion gestört worden war, daß seine geliebte Candida nicht so, nicht genau so schön und zart im Augenblick aussah wie er und die Rosen verlangten. Ernst ließ den Strauß liegen und ging hinunter in sein Zimmer. Und wartete, halb zornig, halb schmerzhaft, daß Candida zu ihm käme.

Oben hatte die Frau das Kind bald zurechtgemacht. Die Rosen waren in Gläser und Schalen gestellt; das Zimmer war aufgeräumt, die Haare und das Bett geordnet. Candida sah jetzt so hübsch aus, so zart und zart, wie man als Frau und Mutter mit 20 Jahren aussehen kann. Candida wartete auf Ernst. Und ihre Arme waren bereit, ihn zu empfangen.

Aber Ernst las unten schon die Post — sieben Rücksendungen. Keine Annahme; einer der ganz wenigen Tage, wo tatsächlich keine Annahme kam. Ein paar Rechnungen. Die Miete war noch nicht ganz bezahlt; die Gesellschaft erinnerte daran im eingeschriebenen Brief. Ein Verleger drohte mit Klage wegen eines Vorschusses, für den die Arbeit ausgeschrieben war. — Die Post war unerfreulich, und Ernst freute sich, daß Candida sie nicht sah. Gleich schmolz auch schon der Kindergroll ob der zerstörten, so winzigen Illusion von vorn. Ernst wollte hinaufgehen zu Candida.

Es klingelte an der Haustür. Die Röbkefirma Keller war mit einem Auto, zwei Männern und einem Gerichtssozialisther erschienen. — Ernst, das große, liebe Kind, es konnte Geld ausgehen, aber keine Rechnungen bezahlen. Es lag ihm einfach nicht. Und wenn man zehn Monate die Katen nicht bezahlt und zu keinem Termin erscheint, dann kann es schon vorkommen, daß ein Geschäft seine Sachen wieder abholt.

Ernst konnte den Gerichtssozialisther gut. Aber was nützt das? Urteil bleibt Urteil. — Das kleine weiße Kinderbettchen mit den vier großen hölzernen Rädern wurde aus Candidas Zimmer getragen. Dann der hübsche, schmale Spiegel und die blaue Bank. Ernsts Chaiselongue, die aus demselben Geschäft geordert worden war, durfte nach einem Telefongespräch nach bleiben.

Candida legte Ulrike vorläufig auf ihr Bett, um vom Speicher einen großen Wäschkorb zu holen, der bis auf weiteres aufbewahrt sollte. Ernst versuchte unterdessen mit einigen anderen Möbeln das Zimmer wieder wohnlich zu machen und die bedrückend dunklen leeren Nische auf der Tapete zuzudecken. Aber er paßte nicht auf das Kind auf. Ulrike fiel von der Chaiselongue herunter auf den Fußboden. Das erstmal. Sie schrie sehr. Ernst bekam einen großen Schrecken. Da kam auch schon Candida wieder und sah, daß ganz verdrückt, das Kind auf dem Boden. Sie sagte zu Ernst, er hätte wirklich die zwei Rädchen aufpassen können.

Ernst ging hinunter in sein Zimmer und schloß sich ein. Er weinte beinahe vor Zorn und Scham.

Candida blieb mit Ulrike im Zimmer oben und schloß sich ein. Sie weinte über den tollpatschigen, ungefügen, leichtsinnigen Ernst. Sie weinte darüber, daß nun schon Mittag geworden war und keiner, außer der kleinen Ulrike, heute etwas zu essen bekommen hatte. Und Candida beschloß, bei irgendwelchen Nachbarn ein wenig Brot und Butter auszuborgen.

Tea war vorhanden, und bald stand ein hübsch gedeckter, mit Brot und Butter und drei Tomaten beschickter Tisch im Wohnzimmer. Schwierig war es, Ernst herbeizuholen. Und kaum hatte er den gedeckten Tisch gesehen, wollte er wieder davon fliehen. Lieber wollte Ernst, daß sie hungerten, als am Geburtstag von Candida geborgtes Brot essen. Lieber überhaupt sterben. Ernst machte Candida Vorwürfe. Ernst wollte beinahe auf Candida schimpfen. Candida wollte gerade anfangen zu meinen, da kamen die Männer vom Elektrizitätswerk. Es waren zwei Beamte; einer trug eine Mappe.

Ernst und Candida haben eine Antipathie gegen Männer mit

Nathan Gurdus:

Jugend von U.S.A. in der Krise

Der amerikanische Babbit spricht nicht gern von Dingen, die ihm unangenehm sind. In den Handels- und Industrieklubs redet man nicht gern vom Arbeitslosenproblem. Man sonnt sich in Gedanken an die vergangene Prosperität und hat auch vielfach genügend Zeit und Geld, um auf eine neue Glanzzeit des Kapitalismus zu warten. Wenn ein Journalist an einen dieser Herren die Frage stellt: „Mr. I., wie hoch schätzen Sie die Zahl der Arbeitslosen in U.S.A.?“ Dann bekommt er schon seit einem Jahr die Antwort: „O, nicht so schlimm, ungefähr sechs Millionen.“ Der Senator von Wisconsin lagte aber, daß nach seiner sehr genauen Schätzung jetzt 17 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten sind! 17 Millionen von seiner Seite verjagte, der furchtbarsten Not preisgegebene Menschen!

Der Europäer sagt sich an den Kopf. Ist das dieses Amerika, von dem man in den illustrierten Blättern Bilder von Schönheitskonkurrenzen, Kunstwettbewerben, an welchen selbst offizielle Vertreter von Provinzialregierungen teilnehmen, sieht? Man sieht die amerikanische Jugend tollste Streiche treiben. Sorglos, lachend und tobend vom Richtigem, so zeigt man uns die amerikanische Jugend. So ist aber selbst die bürgerliche Jugend Amerikas nicht mehr. Die Krise hat den Charakter einer ganzen Generation in U.S.A. vollkommen verändert! Der unsoziale amerikanische „Boy-Student“, der sich nur für den Sport und das Vergnügen interessiert, der junge wohlhabende Amerikaner, dessen einzige Sorge war, geschmackvollen Schnaps zu bekommen, gehört der Vergangenheit an. Die Arbeiterjugend Amerikas war schon immer dieser Leere abgeneigt. Die Krise hat aber auch den Charakter der bürgerlichen Jugend revolutioniert. Ein ganz neuer Typ entsetzt jetzt unter den jungen Amerikanern und Amerikanerinnen der bürgerlichen Gesellschaft. Der Boden, auf dem diese Jugend stand, der goldene Dollarboden, wankt. Die Jugend Amerikas sucht neue bessere Ideale, die nicht von den Kurschwankungen der Börse abhängig sind. Es ist sehr komisch, welchen Kreisen gerade diese Wandering der Jugend unangenehm ist.

Der sehr konservative und fromme Rektor einer großen amerikanischen Universität sagte kürzlich: „Ich kenne unsere Boys nicht mehr. Die Sportplätze werden leerer, immer mehr bilden sich politische und wirtschaftliche Debattierklubs. Die Krise hat unsere Jugend und ihren Sportgeist untergraben. Ich habe nichts dagegen, daß mehr gelesen wird, aber ich blide mit großer Besorgnis auf den radikalen Geist, der in unserer Jugend jetzt herrscht. Früher tobten sich die Jungens aus, wurden dann aber treue Mitglieder unserer Gesellschaft, die das Vergangene heilig hielten. Heute grübeln sie, greifen ihre eigene Gesellschaft an und verlassen immer mehr den Boden der Tradition.“ So sprach der Rektor, der schon zwei Kapitalistengenerationen erzogen hatte.

Große Leihbibliotheken in den Universitätsstädten der U.S.A.

Die vier Arten der Menschenfresserei

Es ist bereits kürzlich von dem merkwürdigen Geistes eines Amerikaners berichtet worden, der durchaus Menschenfleisch essen wollte, natürlich nur zu wissenschaftlichen Zwecken. Dieser seltsame Forscher William B. Seabrook hat dieses sein Verlangen an der oberen Ostküste in Afrika befriedigt und zu diesem Zweck eine Expedition unternommen, bei der er längere Zeit mit den Eingeborenen zusammenlebte und allerlei romantische Abenteuer durchmachte. Er schildert seine Erfahrungen in einem Buch, das jedenfalls eine glänzende erzählerische Leistung ist, wenn man auch an der Wahrheit mancher seiner Angaben zweifeln mag.

Der Stamm, bei dem es ihm vergönnt war, an einer karnibalistischen Mahlzeit teilzunehmen, waren die Geres. Sie sind ein kriegerisches Volk, das auf einer höheren Kulturstufe steht als ihre Nachbarn. Viele Forscher stimmen ja darin überein, daß die Menschenfresserei erst auf einer gewissen Kulturstufe ausgebildet wird. Die Geres verpeisen nun durchaus nicht wahllos jedes Menschenfleisch. Sie halten diesen Beuten für den besten, den man erlangen kann, aber er muß lange toden, weil er etwas zah ist. „Ist das auch bei dem Fleisch der Kinder der Fall?“ fragte der neugierige Seabrook. Die Geres erwiderten entrüstet: „Aber wir essen doch keine Kinder! Wir sind Männer und verpeisen nur das Fleisch von Männern, die von uns im Kriege getötet wurden. Dieses Fleisch muß doch zu irgend etwas verwendet werden.“ Sie bliden mit Verachtung auf die Sekte der „Panther-Menschen“ herab, die des Raubis als wilde Bestien verkleidet auf Beute ausgehen und mit ihren künstlichen Krallen ihre Opfer niedererschlagen, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Diese Menschen halten sie für Verbrecher und liefern sie der französischen Verwaltung aus, unter der ihr Gebiet steht.

Es gibt eben verschiedene Arten der Menschenfresserei, und der Amerikaner hat sich bemüht, diese Formen sorgfältig zu unterscheiden. Da ist zunächst der „religiöse Kannibalismus“, bei dem die Leiche eines Kindes oder einer Jungfrau als Opfermahlzeit den Göttern dargebracht und von den Opfernenden verpeist wird. Die zweite Art ist der „magische Kannibalismus“. Einzelne Mitglieder eines Stammes, besonders diejenigen, die sich der Zauberei widmen, oder in geheime Kräfte eingeführt werden, verzehren Herz, Leber oder Gehirn eines besonders tapferen und klugen Mannes, damit dessen Eigenschaften auf sie übergehen. Die dritte Form ist der „Kannibalismus aus Hunger“, der sich bei den Naturvölkern findet, die sich auf keine andere Weise Fleisch oder das notwendige Fett verschaffen können. Derartige Rückfälle in die Menschenfresserei

Wappen. Wenn es etwas nützte, würden sie vor im Garten eine Tafel andringen; Bettlern und Hausierern und Männern mit Wappen ist der Zutritt streng verboten!

Diese Männer sperren das elektrische Licht. Es tat ihnen leid; besonders als sie von Candidas Geburtstag hörten, und daß Ernst vom nächsten oder übernächsten Honorar bestimmt die Rechnung bezahlen würde. Aber der Mann sagte: „Herr Doktor, ich habe die Anweisung. Höchstens können wir noch telephonisch anfragen.“ Die zwei Männer gingen mit Ernst zum nächsten Automaten und telephonierten. Das Büro war schon geschlossen. Die Männer schraubten den Draht am Zähler los, holten zwei dicke Plomben aus der Tasche und eine Zange. Dann verabschiedeten sie sich mit je einem Händedruck für Ernst und Candida.

Candida weinte und ging in ihr Zimmer zu Ulrike, die nun gebadet und in den Korb zur Nachtruhe gelegt werden sollte. Ulrike schrie.

Ernst ging in sein Zimmer, machte rasch sein Bett auf dem Divan. Aber er konnte nicht einschlafen. So lag er stundenlang bis in die tiefe Nacht hinein wach. Im Dunkel ohne Licht.

Oben lag Candida. Ulrike schrie ohne Pause. Das ungewohnte neue Lager hatte sie erschreckt. Stundlang bis in die tiefe Nacht wartete Candida, daß Ulrike einschlief.

Dann ging sie hinunter zu Ernst.

müssen ihren ganzen Bestand ändern. Früher wurden nur die üblichen Magazinromane gelesen. Heute werden ernste politische und wirtschaftliche Werke von den Studenten verlangt. Man interessiert sich selbst für europäische Probleme. Nur wer den amerikanischen Studenten kennt, weiß, was das bedeutet. Europa war früher ein leerer Raum. Selbst der Krieg hat keine Veränderung gebracht. Ein Baseballergebnis war noch immer wichtiger als das größte historische Ereignis in Europa. Heute werden von amerikanischen Studenten, deren Väter nur ein Ideal, den Dollar, haben, Bücher verlangt und verklungen, die soziale Probleme Europas schildern. Selbst das Unwahrscheinlichste ist geschehen: Es gibt in Amerika einen Konflikt zwischen der alten und neuen Generation des Bürgertums!

Mit größter Empörung meldeten amerikanische Blätter, daß in der Hochburg der guten Gesellschaft der U.S.A., in der weltbekannten Harvard-Universität, unter den Studenten sozialistische Klubs entdeckt worden sind. Diese Nachricht ist selbst den besten amerikanischen „Demokraten“ in die Knochen gefahren. „Sozialismus in Harvard!“ so lauteten die Schlagzeilen der Blätter. Und am größten wurde die Empörung, als man meldete, daß die Studenten vom Rektor nicht bekehrt werden konnten und daß ihnen ihr Ideal sehr ernst und keinesfalls eine „Sportfische“ ist.

Wissenschaftler erzählt ein Papa-Dollarmillionär, daß er sich schon seit einiger Zeit über den großen Geldverbrauch seines Sohnes auf der Universität gewundert habe, aber er dachte, der Junge spiele, und das wäre ja nicht so schlimm! Aber nun muß er, der Vorsitzende des Klubs der Schwerindustrie, erfahren, daß sein Sohn für das Geld eine sozialistische Univeritätszeitschrift erscheinen läßt und als Redner auf Arbeiterveranstaltungen schon bekannt ist.

Bei Demonstrationen in Universitätsstädten treffen jetzt die Gummistempel der Polizisten nicht nur hungrige Arbeitslose, sondern auch Studenten, deren Väter noch mit Begeisterung solche Polizeistrukturen vom sicheren Direktionszimmer aus beobachtet haben.

Bei Streiks und allen Lohnkämpfen kann die Arbeiterkraft jetzt die Hilfe der Studentengruppe beobachten, und Arbeiterführer bejähren den guten Willen der bürgerlichen Jugend. Interessant ist es auch, daß die feudalen Kriegsschulen, in welchen die Studenten während der Ferien in schönen Uniformen Krieg spielen konnten, jetzt leer stehen, nicht weil die Herren Papas kein Geld haben, sondern weil die Jugend diese Soldatenspielererei bloß findet.

Ein anderer „Pädagoge“ sagte: „Wenn das so weiter geht, dann wird unser Land eine akademische Jugend erleben, wie sie Rußland im Jahre 1905 hatte!“

„Hoffentlich“, sagen wirklich demokratische fortschrittliche Amerikaner und hoffen von der neuen Jugend Amerikas den Kampf für soziale Gerechtigkeit.

werden auch von zivilisierten Völkern während großer Hungerkatastrophen berichtet und sollen zum Beispiel in Rußland vorkommen sein. Die dritte Art ist der „natürliche Kannibalismus“. Seabrook erklärt ihn daraus, daß Menschenfleisch gut schmeckt, und dieser Beweggrund scheint bei den von ihm besuchten Geres eine Hauptrolle zu spielen. Der Amerikaner selbst wundert sich darüber, daß es Menschen gibt, die so „unmenschlich“ sind, daß sie in ihrer Genußsucht selbst vor dem Verpeisen der eigenen Gattung nicht halt machen. Der Menschenleib als Sitz der Seele sollte uns doch heilig sein. Aber die Eingeborenen der Ostküste haben eben eine andere Auffassung.

„Auch sie glauben“, so berichtet Seabrook, „daß der Mensch eine Seele oder besser eine Lebenskraft sein eigen nennt. Aber sie sind davon überzeugt, daß jedes Lebewesen eine solche Seele besitzt, und nicht nur die Tiere, sondern auch die Pflanzen, die Bäume, das Weizen usw. Wenn sie sich also vor der Verzehrung eines solchen Seelenbehältnisses scheuen wollten, dann müßten sie glatt verhungern, da sie ja nach ihrer Ansicht Seelenstoff mit jeder Nahrung aufnehmen. Sie können daher keinen Unterschied darin erblicken, ob sie Menschenfleisch oder Brot verzehren.“ Nur diejenigen Geres, deren Toten- oder Ahnengötter der Mensch oder die großen Affen, Gorilla und Schimpanse, sind, dürfen an den karnibalistischen Festen nicht teilnehmen, denn es ist streng verboten, seine Ahnen zu verpeisen. Der in seinem Wissensdurst unersättliche Seabrook hat die Geres mit Fragen bestürmt: „Wie schmeckt denn das Fleisch? Ist es wahr, daß ein Menschenbraten dem Schweinebraten ähnlich ist, wie dies von einigen berichtet wird?“ Die Geres zeigten ihre tiefe Entrüstung über diesen Vergleich mit dem Schwein; Menschenfleisch schmeckt ganz anders, aber auf alle Fragen erhielt er nur die Antwort: „Sehr gut!“

„So müßte er denn schließlich doch sich selbst von diesem Geschmack überzeugen, und er schildert ausführlich, wie dies geschah. Er begnügte sich nicht mit den Mitteilungen eines sehr erfahrenen Gereskodes, der ihm genaue Angaben über die Zubereitung dieser Speise machte, sondern als eines Tages ein Mann im Kampf getötet worden war und zum Festessen dienen sollte, nahm er an diesem Essen teil. „Ich hatte eine große Befriedigung“, so schreibt er, „endlich selbst eine Sache erprobt zu haben, über die ich so viel gelesen hatte und die doch fast immer nur nach vagen Gerüchten und Vermutungen behandelt wurde. So, mich erfüllte sogar ein Gefühl des Stolzes, diese dem Weissen so sehr widerprechende Aufgabe von Anfang bis zum Ende durchgeführt zu haben; nun hatte ich endlich meine Neugierde befriedigt, die mich seit so langer Zeit plagte!“

Gesundbeter im Stahltruff.

Bereinigte Stahlwerke zeigen 19 Millionen Verluste. — Es wird nicht saniert.

Deutschland hat in diesen Tagen die große Bankenpanik erlebt. Ihr Wesen bestand darin, daß man die wirklich vorhandenen Verluste auch als Verluste ausgewiesen hat und daß man dann diese Verluste durch die Vernichtung eigener Dividendenansprüche und Auflösung von Reserven aus der Welt geschafft hat. Das war der erste Schritt zur Gesundung der deutschen Wirtschaft. Das Ausland hat bereits mit einer Erhöhung seines Vertrauens in Deutschland reagiert. Der zweite Schritt mußte die Industrieanleitung sein. Auch dort mußten die Verluste, die tatsächlich eingetreten sind, beseitigt werden, wenn das Vertrauen im Inland und im Ausland endgültig wieder hergestellt werden sollte. Nach der gestrigen Aufsichtsratsitzung haben die Vereinigten Stahlwerke jetzt ihre Bilanz bekanntgegeben. Die Vereinigten Stahlwerke sind für Inland und Ausland neben dem I.G. Farbentruff das repräsentativste Unternehmen Deutschlands. Ihr Vorstand und ihr Aufsichtsrat sind an der Bereinigung der Stahlwerkebilanz vorübergegangen. Die erste und wichtigste Gelegenheit, die Verlustbereinigung auch in der Industrie durchzuführen, ist verflüht. Dabei wäre eine gründliche Bereinigung nirgends so notwendig gewesen wie gerade beim Ruhrstahltruff, worauf wir in früheren Veröffentlichungen schon immer wieder hingewiesen haben.

Die Gewinnrechnung schließt mit einem Verlust von rund 19 Millionen Mark.

Es wird ein Rohüberschuß für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr von 151,37 gegen 262,21 Millionen ausgewiesen. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Rohüberschuß in Wirklichkeit nicht erzielt worden ist (vergleiche auch die neue Verschuldung in der Bilanz), denn angesichts des mengen- und erlösmäßigen Abfahrganges bis Ende September vorigen Jahres und angesichts der gestiegenen Zinslasten ist trotz des geringeren Lohnaufwandes ein verhältnismäßig so geringes Absinken des Rohüberschusses kaum wahrscheinlich. Nach Abzug von Anleihezinsen (33,03 gegen 33,66 Millionen), sozialen Aufwand (46,55 gegen 54,74 Millionen) und Steuern 51,13 gegen 61,77 Millionen) sowie nach Abschreibungen (43,09 gegen 80,75 Millionen) ergibt sich ein Verlust von 18,91 Millionen Mark, um die die Reserven von 80,0 Millionen verringert werden sollen.

Der Stahlverein hat in einem Jahre, in dem sein Umsatz gewaltig zurückging, ein Teil seiner Anlagen sich endgültig als fehlerhaft erwiesen und in dem er seine Anlagen noch weiter aus-

gebaut hat, sich mit Abschreibungen begnügt, die nur die Hälfte derjenigen des Vorjahres ausmachen. Dabei waren schon die Abschreibungen im Vorjahr deshalb niedrig angelegt, weil man eine Dividende von 4 Proz. verteilen wollte.

In der Bilanz zeigt sich eine starke Zunahme der Schulden.

Die langfristigen Verpflichtungen sind von 145,65 auf 159,59 Millionen Mark gestiegen. Die Bankschulden haben sich von 23,08 auf nicht weniger als 71,55 Millionen Mark erhöht. Aber nicht genug damit — es werden jetzt vom Stahlverein auch Akzeptverpflichtungen zum ersten Male ausgewiesen, und zwar gleich in dem riesigen Betrage von 38,25 Millionen Mark. Das ist in einem Jahr, in dem man — wenn sie überhaupt verbiligt worden sind — nur die halben Abschreibungen des Vorjahres ausweist — eine neue Verschuldung im Betrage von fast 90 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bankguthaben von 70,9 auf 46,80 Millionen Mark zurückgegangen sind, die laufenden Forderungen von 163,05 auf 145,69 Millionen, so daß bei erhöhten Anlagemerten sich hier eine weitere Verschlechterung der Bilanz um 42 Millionen Mark ergibt. Dem steht bei den Bareschulden nur eine Verringerung um 24, nämlich von 157,05 auf 133,70 Millionen gegenüber, also eine Entlastung, die kaum ins Gewicht fällt. Bei den Bareschulden aber ist eine Erhöhung von 269,69 auf 284,26 Millionen eingetreten, was eine weitere Verschlechterung der Bilanz darstellt.

Der Wert der Anlagen erscheint mit 1477,91 Millionen noch um 38 Millionen Mark höher als im Vorjahr. Auf Beteiligungen, die mit 291,40 Millionen ausgewiesen sind, und nur verringert erscheinen, weil die Aktien der Mitteldeutschen Stahlwerke an die Charlottenhütte übertragen wurden, scheint überhaupt keinerlei Abschreibung vorgenommen worden zu sein.

Alles, was die Vereinigten Stahlwerke als Sanierungsaktion durchführen, ist die Einziehung eines lächerlichen Betrages eigener Aktien. Das Aktienkapital von 800 Millionen Mark wird dadurch auf 775 Millionen Mark verringert.

Von einer Sanierung, wie sie im Stahltruff notwendig gewesen wäre, ist also keine Rede, obwohl sich die Finanzlage des Truffs in außerordentlich gefährlicher Weise verschärft hat. Es ist keine Rede von ausreichenden Abschreibungen auf die Anlagen, bei den zum Teil wertlos gewordenen Beteiligungen hat man an der Überbewertung festgehalten; die Verluste aus den Schwedenvorfällen abzuschreiben, hat man unterlassen. Der deutschen und der ausländischen

Öffentlichkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt einen derartigen Jahresabschluss vorzulegen, ist skandalös. Statt der Veröffentlichung, die in Krisenzeiten jede Industriekanz erfahren mußte, ist hier eine erschreckende Illiquidierung eingetreten. Wird hier auf eine Reichsanleitung zur Bereinigung der Aktionäre gewartet?

Abschlüsse bei Glin.

Die durch einen Interessengemeinschaftsvertrag verbundenen, von Herrn Glin (Charlottenhütte) beherrschten Gesellschaften Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G., Riesa, und Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Rosenburg (Oberpfalz), schließen ihr erstes Gemeinschaftsjahr 1930/31 (1. Oktober bis 30. September) mit einem Reingewinn von nur 0,4 Mill. Mark ab, während sie im Vorjahre einen Uberschuß von zusammen 4,4 Mill. Mark verzeichneten. Das erklärt sich vor allem daraus, daß Mittelstahl den Hauptteil des Verlustes der Eisensfirma Schweiger u. Oppler (12 Mill. Mark) abzubuchen hatte.

Die Maxhütte hat ihre Abschreibungen von 1,5 auf 2,2 Mill. Mark erhöht, Mittelstahl hat ihre Abschreibungen von 4,0 auf 3,6 Mill. Mark ermäßigt; hierfür waren die Bestimmungen des Gemeinschaftsvertrages maßgebend. Die Aktionäre von Mittelstahl (Kapital 50 Mill. Mark, davon die Hälfte bei der Maxhütte) gehen dieses Mal leer aus, da der geringe Reingewinn vorgetragen wird. Die „freien“ Aktionäre der Maxhütte (Kapital 22,5 Mill. Mark) erhalten dagegen auf Grund eines Vertrages mit ihrem Großaktionär Charlottenhütte (besitzt 80 Proz. des Maxhütte-Kapitals) eine Dividende von 9 1/2 Proz., die von der Charlottenhütte — sie verteilte 14 Proz. Dividende für das Geschäftsjahr 1930 — ausgezahlt wird.

Dividenden statt Arbeit.

Bei Schubert & Salzer übersteigen Bankguthaben weit das Kapital. — Die Arbeiter liegen auf der Strafe.

Der Abschluß der Schubert u. Salzer A.-G., Chemnitz, macht offenbar, wie mahlos übertrieben und letzten Endes kurzfristig die Rationalisierungs- und Preispolitik bei vielen deutschen Unternehmen gewesen. Dieses Spezialunternehmen für Textilmaschinen hat in den wenigen Jahren guter Konjunktur so phantastisch verdient, daß es nicht nur alle Maschinen und Anlagen völlig abschreiben konnte, sondern daß es jetzt nicht mehr weiß, wie es die Gewinne unterbringen soll. Die Verdienenden sind die Arbeiter — wären die Preise allgemein den Rationalisierungserfolgen entsprechend gesenkt worden, die Arbeitslosigkeit wäre heute bestimmt nicht so hoch.

Nach Ankauf und Einziehung von 2,75 Mill. Mark eigener Aktien beträgt das Kapital jetzt 16,5 Mill. Mark. Die Bankguthaben haben sich von 5,8 auf 21,8 Mill. Mark erhöht, weil die Forderungen von 12,3 auf 4,1 Mill. Mark, die Wechsel-forderungen von 6,1 auf 0,9 Mill. Mark und das Warenlager von 2,9 auf 0,9 Mill. Mark zurückgingen und weil die geringe Produktion wenig Kapital beanspruchte. Jetzt lassen sich die stillen Reserven nicht länger verstecken. Nach einer Sonderabschreibung von 0,9 Mill. Mark auf Grundstücke, nach einer neuen Reservestellung von 2,5 Mill. Mark „für spätere Verwendung“ (nämlich Dividendenzahlungen!) wird ein Reingewinn von 2 Mill. (im Vorjahr 3 Mill.) Mark ausgewiesen, aus dem 10 (12) Proz. Dividende gezahlt werden. Bei mehr als 10 Mill. Mark offenen, bei unbekannt hohen stillen Reserven und den Zinsen aus Bankguthaben werden die Aktionäre es noch lange „aushalten“ können, selbst wenn auch nicht ein Arbeiter mehr beschäftigt sein sollte.

Textil-Gewinne und Verluste.

Augsburger Kammgarn verleiht trotz starker Kursverluste 12 Proz. Dividende.

Daß die Lage der deutschen Textilindustrie keineswegs so schlecht ist, wie nach einigen Zusammenbrüchen (Rudawolle) vielfach angenommen wird, das zeigen die Abschlüsse zweier Augsburger Unternehmen, die bei vorsichtiger Finanz- und Einkaufspolitik für heutige Verhältnisse das Geschäftsjahr 1931 glänzend überstanden haben.

Das größte Wollunternehmen Süddeutschlands, die Augsburger Kammgarnspinnerei A.-G., Augsburg, verleiht auf ihr Viermillionenkapital eine Dividende von 12 (im Vorjahr 14) Proz., obwohl auf Abschreibung ihrer Effekten unter die Freiverkostsurie (!) ein Verlust von 0,32 Mill. Mark, und der Entwertung des Pfundes und der nordischen Währungen ein weiterer Verlust von 0,76 Mill. Mark eintrat. Die Finanzkrise hat auf das Unternehmen nicht eingewirkt: Die Schulden von 1,3 Mill. Mark werden von den Bankguthaben von 2,9 Mill. Mark weit übertroffen. Die Produktion des Jahres 1931 war noch höher als die des Jahres 1930. Die Rohwolle hat den niedrigsten Preisstand der letzten 100 Jahre erreicht. Die Aufträge am Ende des Jahres sicherten volle Beschäftigung auf mehrere Monate.

Wehnlich günstig ist der Abschluß der Baumwoll-Fein-spinnerei Augsburg, die auf ihr 1,5-Millionen-Mark-Kapital wieder 7 Proz. Dividende verteilt, obwohl sie Verluste an Aufwänden erlitt und Hypothekenschulden zurückzahlte. Daß infolge der scharfen Konkurrenz das „Recht auf den letzten Ruhen geopfert“ sei, davon kann wohl bei solchem Resultat keine Rede sein. Die Beschäftigung ist so hoch wie im Vorjahr.

Dagegen hat die Kammgarnspinnerei Leipzig (Kapital 3 Mill. Mark) im Jahre 1931 einen Verlust von 0,33 Mill. Mark

Der oberschlesische Montanstreit.

Professoren schützen die Ballestreim-Interessen.

Die von uns schon mehrfach gekennzeichneten Bemühungen der oberschlesischen Montanindustriellen, auf Kosten des Steuerzahlers und des Reiches die von dem oberschlesischen „Wirtschaftsführer“ in Grund und Boden gewirtschaftete Montanindustrie vor sonderlichen immer größerer Formen an. Man erinnert sich, daß unter der Führung des Reiches der Oberhüttenkonzern zinslos 36 Millionen Mark erhalten hat und daß jetzt, nachdem der Darlehensvertrag nicht eingehalten werden kann und die Konzernfinanzkraft vor dem Ruin stehen, zur wirtschaftlichen Bereinigung des gesamten oberschlesischen Komplexes eine Zusammenlegung der Oberhütten-, Ballest- und Ballestreim-Anlagen erfolgen soll, gleichzeitig aber auch eine finanzielle Bereinigung, um den zusammengelegten Komplex wieder lebensfähig zu machen. Man erinnert sich auch, daß das Reich und ebenso Preußen wie vor fünf Jahren so auch jetzt zu finanziellen Zugeständnissen bereit sind, um die oberschlesischen Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten.

Man muß geradezu staunen, in welcher bedenkenlosen Weise das oberschlesische Privatkapital jetzt sogar Universitätsprofessoren gegen die Interessen des Steuerzahlers und der Gesamtheit mobilisiert, um durch absolut unsachliche Darstellungen das im Reichshausauswahlausschuß geprüfte oberschlesische Sanierungsprojekt zu torpedieren und dem Steuerzahler in einer Zeit, in der er bei äußerster Not nur neue Lasten und keine Erleichterungen zu erwarten hat, zu neuen Subventionierungen der oberschlesischen Privataktionäre zu zwingen. Für Herrn Ballestreim, um den es sich in erster Linie handelt, läßt ausgerechnet in der „Germania“ Professor Göh-Briefs Angriffe gegen das Reich und Preußen vom Stapel, zu denen nur jemand fähig ist, der niemals durch persönlichen Augenschein und genaues Studium des Materials seine Sachkenntnis bereichert hat.

Was Prof. Dr. Göh-Briefs in der „Germania“ ausführt, steht sachlich im schärfsten Widerspruch zu den Feststellungen aller Sachverständigen und politisch auf einem Niveau, das gänzlich unakademisch, aber um so interessanter ist. Es heißt, daß in Oberschlesien jetzt der Versuch gemacht werde, ein Stück „Staatssozialismus“ bzw. Staatskapitalismus zu Lasten der oberschlesischen Privatwirtschaft vorwärts zu treiben. Es steht wirklich so aus, als ob Prof. Göh-Briefs sich auch schon der Auffassung verschrieben hat, die Prof. Bonn von der Berliner Handelshochschule als die privatkapitalistische Reizung zum Kollektivismus im Gegensatz zu dem dem Kapitalismus gemäßen Individualbetracht charakterisiert hat. In Oberschlesien

ist eine Mischwirtschaft sondergleichen getrieben worden. Die oberschlesischen Wirtschaftsführer, die dafür verantwortlich sind, wollen die Aktionäre und die Banken von den finanziellen Folgen dieser Mischwirtschaft freihalten. Ihnen ist jeder Sozialismus willkommen, der Vermögen der Allgemeinheit privatisiert und Schulden der Privaten sozialisiert.

Prof. Göh-Briefs bringt es fertig, folgendes zu schreiben: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Staatsbehörde dahin zielt, die Kollage der oberschlesischen Industrie zu benutzen, um Rechtsforderungen, die unter völlig anderen Voraussetzungen konstruiert worden sind, in staatssozialistischer bzw. staatskapitalistischer Absicht auszunutzen.“ Es wird also für richtig gehalten, daß man sich erst durch zinslose Kredite subventionieren läßt, daß man dann eine uferlose Mischwirtschaft aufbaut und daß man dann, wenn der Staat endlich Ordnung zu schaffen bemüht ist — auch wenn es nicht anders möglich ist als um den Preis neuer Opfer — den Staat als moralisch minderwertigen Partner deminziert, der eine privatwirtschaftliche „Kollage“ von Unternehmungen ausnützt. Es fehlt wahrlich nur noch der Vorwurf der Leidenfledderei. Wie wenig das Urteil von Prof. Göh-Briefs von Sachlichkeit getrübt ist, das zeigen seine Ausführungen über den Verkauf der preußischen Ralapan- und Gleiwitz-Werke. „Offenbar hat der preußische Bergwerks hier „gedreht“, in solchem Sanktionsorgan spricht hier der Herr Universitätsprofessor, „er wollte sich durch Abstoßung rentabel gestalten und er mitleid der Privatindustrie, d. h. Oberhütten, zu, mit den Zuschußbetrieben fertig zu werden.“

Der Staat hatte hier das schäblichste Opfer gebracht, um die oberschlesische industrielle Sanierung vorwärts zu treiben. Die Werte von Gleiwitz und Ralapan gehören zu den leistungsfähigsten in Oberschlesien überhaupt. Der Oberhüttenkonzern hat noch nicht einen Pfennig für die Werte gezahlt und außerdem hat der Vertrag zugunsten von Oberhütten bei der Übernahme eine Verlustgarantie vorgesehen.

Mit solchem „Sachverständnis“ bringt es ein deutscher Universitätsprofessor fertig, für Interessenten einzutreten, die nichts im Auge haben als alle Risiken auf das Reich und die Steuerzahler abzumwälzen und sich auf Kosten des Reiches und des Steuerzahlers zu bereichern.



JUNO

> IHRER GÜTE WEGEN <
BERLINS
MEISTGERAUCHTE
CIGARETTE 6 Stück 20^g



